

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 98.—
ganjährlig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Reichsbildungskonferenz. Einladung.

Am 15. Oktober 1930, um 13 Uhr, findet im Schloßgartenaal in Tepliz-Schönau die Reichsbildungskonferenz mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die geistige Lage der tschechendeutschen Arbeiterklasse und der Sozialismus. Referent Genosse Dr. Emil Franzel. 2. Methode und Organisation der Bildungsarbeit. Referent Genosse Ernst Paul.

Zur Teilnahme an dieser Tagung sind berechtigt: Die Mitglieder der Parteiverbreiterung, der Zentralkomitee für das Bildungswesen, des Frauenreichsbildungskomitees, ferner je zwei Vertreter der Reichsbildungsausschüsse und je ein Vertreter der Bezirksbildungsausschüsse, bzw. Bezirksorganisationskommissionen, je ein Vertreter aller vom Parteitag eingesetzten Beratungsausschüsse je zwei Vertreter aller vom Parteitag anerkannten Organisationen und Verbände. Außerdem können alle Delegierten zum Parteitag und zur Frauenreichsbildungskonferenz und die Funktionäre im Arbeiter- und Volksbildungswesen der benachbarten Kreisorganisationskommissionen als Gäste teilnehmen.

Die Delegierten sind bis längstens 1. Oktober bei der gefertigten Stelle zu melden.

Für die Zentralkomitee für das Bildungswesen:
Josef Hofbauer, Vorsitzender.
Ernst Paul, Sekretär.

Kritische Situation im Liller Streifgebiet.

Paris, 18. August. Die Situation im Streifgebiet von Lille hat sich seit Samstag merklich verschärft. Der Verband der Liller Textilindustriellen hat dem Arbeitsminister Laval auf dessen Vermittlungsantrag betreffend die Abhaltung einer gemeinsamen Sitzung mit den Arbeiterorganisationen, welche im Arbeitsministerium tagen sollte, eine ablehnende Antwort erteilt. Der Verband der Textilindustriellen erklärt, daß sich die Lage der Textilindustrie im Bezirk Lille infolge des Streikes so beunruhigend gestaltet habe, daß nicht nur jedwede Erhöhung der Löhne ausgeschlossen ist, sondern daß die Textilindustriellen nicht einmal dafür einsehen können, daß sie nach der Wiederaufnahme der Arbeit die Produktion im gleichen Ausmaß werden ausnehmen und alle früher bei ihnen angestellten Kräfte beschäftigen können. Auf der anderen Seite hat die streikende Arbeiterklasse, die im Allgemeinen über den Streik organisiert ist, die Fortsetzung des Streikes „bis zur Erreichung sämtlicher von den Arbeitern gestellten Forderungen“ beschlossen.

Der Minister für öffentliche Arbeiten Laval wird noch weitere Schritte zur Beilegung des Streikes unternehmen. Morgen, Dienstag, wird der Minister den Streikauschuß empfangen. Man erwartet, daß diese Woche die Entscheidung bringen wird. Mit Rücksicht auf die ablehnende Antwort der Textilindustriellen äußern sich zahlreiche Pariser Blätter in pessimistischem Sinne hinsichtlich eines Erfolges des Streikes für die Arbeiter. Der sozialistische „Populaire“ beschuldigt den Generalsekretär des Industriellenverbandes Leh öffentlich, während des Krieges in den Diensten der deutschen Botschaft gestanden zu haben.

Der Auf nach neuen Kandidaten.

Berlin, 18. August. (Eigenbericht.) Der Aufmarsch der Parteien zur Reichstagswahl ist so ziemlich vollendet. In fast allen Lagern macht sich das Bestreben bemerkbar, neue und jüngere Kandidaten heranzuziehen. Der Sozialdemokratie sind bei der Aufstellung der Kandidaten keinerlei Schwierigkeiten erwachsen. Eine Reihe älterer Genossen sind von ihren Kandidaturen zurückgetreten und machen jüngeren Kräften Platz, die der Fraktion wertvolle Dienste leisten werden. Magdeburg kandidiert den bekannten Agrartheoretiker Dr. Baade und Dr. Gerhard Seger, den früheren Sekretär der deutschen Friedensgesellschaft, Frankfurt a. O. entsendet Anton Reizner, dessen den ehemaligen Fraktionssekretär Dr. Wierendorff, Stuttgart den Landtagsabgeordneten Schumacher in den neuen Reichstag.

Bei der deutschen Volkspartei macht sich die Tendenz bemerkbar, die „linken“ Elemente auszuscheiden und fast ausnahmslos Unternehmer oder Unternehmersekretäre zu kandidieren. Auch in der Staatspartei hat Herr Wahraun die linken Demokraten, soweit sie nicht selbst gegangen sind, möglichst beiseitegeschoben.

Arbeiter-Radfahrer bei Klösterle verunglückt. Zwei Todesopfer einer Autobus-Katastrophe, sechs Schwerverletzte. — Schuld trägt der Chauffeur.

Karlsbad, 18. August. (Eigenbericht.) Am Sonntag früh fuhr eine größere Abordnung der Arbeiter-Radfahrervereine von Meierhöfen, Aich und Fischern in drei Lastautomobilen nach Tepliz, um an dem ersten Verbands-Saalsporttag des Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbundes teilzunehmen. Die Fahrt fand schon nach kurzer Zeit ein schreckliches Ende. Kurz vor Klösterle fuhr der erste Wagen, in dem sich etwa 20 Personen befanden, auf zunächst unaufgeklärte Weise in den Straßengraben, wo er noch ein Stück weiterfuhr und dann an einen Baum anprallte. Da der Wagen im scharfen Tempo gefahren war, wurde die Karosserie zertrümmert und alle Insassen mit großer Wucht herausgeschleudert. Ein Fahrteilnehmer, der 24jährige Josef Zimmermann aus Meierhöfen, war sofort tot, die 26jährige Anna Lang aus Tepliz, zuletzt wohnhaft in Fischern, starb kurze Zeit darauf. Sechs Insassen wurden schwer verletzt. Die Verletzten wurden nach erster Hilfeleistung durch Herrn Dr. Höll-Klösterle im Autobus nach Karlsbad ins Krankenhaus gebracht.

Ueber die Ursache des Unglücks erfahrene wir vom Gendarmeriekommando in Klösterle, daß die alleinige Schuld den Chauffeur trifft, der es unterlassen hatte, vor Eintritt der Fahrt die Bremsen nachzusehen und ihre Gebrauchsfähigkeit zu prüfen. Nach den Feststellungen der Kommission waren die Bremsen von Haus aus defekt, so daß auf der Fahrt oder später eine Katastrophe eintreten mußte. Bei der Einnahme trug der Chauffeur ein völlig gleichgültiges und kaltblütiges Wesen zur Schau. Nach einer Meldung des G. P. B., die als Lenker des Autos dessen Besitzer Franz Moder aus Neusattl angibt, sind die Schwerverletzten: Anton Zettl aus Meierhöfen, Anton Reizner aus Aich, Rudolf Voh aus Meierhöfen und dessen Bruder Franz, Rudolf Schneider aus Meierhöfen und dessen Bruder Willibald. Die Schwerverletzten sind durchwegs Arbeiter. Zwei der Schwerverletzten werden wahrscheinlich kaum mit dem Leben davonkommen. Das Lastauto wurde vollkommen zertrümmert.

Fürchterliche Autofatastrophe bei Spindlermühle.

Ein Postauto stürzt in die Elbe: acht Tote.

Hohenelbe, 17. August. Heute nachmittags um halb 14 Uhr stürzte ein von Hohenelbe nach Spindlermühle verkehrendes Postauto bei der Talsperre, etwa 20 Minuten von Spindlermühle entfernt, in die Elbe. Acht Insassen wurden getötet, eine Person schwer und neun leicht verletzt. Der Chauffeur des Autobus befindet sich unter den Toten, so daß eine verlässliche Aussage darüber, wie sich das Unglück ereignete, bisher nicht zu erhalten ist, da die verletzten Personen so erregt waren, daß sie die Fragen fast nicht beantworteten und sich zum Teil verlaufen haben. Das Unglück dürfte dadurch geschehen sein, daß der Autobus einem Automobil oder einem Radfahrer an der verhältnismäßig engen und abschüssigen Stelle der Straße auswich. Außerdem war der Autobus ein offener Wagen und nur mit einer Segelstuhdecke versehen, so daß sich der Wind einlegen konnte, welcher Umstand neben dem durchweichen Boden das Unglück mitverschuldet haben dürfte. Die intervenierende Militärabteilung versuchte, den Autobus zu heben, was aber wegen des hohen Wassers und des augenblicklichen Mangels entsprechender Hilfsmittel nicht möglich war.

Die Toten sind zwei Brüder Sieder, 14 und 16 Jahre alt, Vater und Sohn Mäwald, der Chauffeur des Autobus Ritz, der Zimmermann Bittermann, alle aus Hohenelbe, und die Gattin des Berliner Arztes Mendelsohn, während Doktor Mendelsohn selbst schwer verletzt ins Krankenhaus nach Hohenelbe gebracht wurde. Bei den meisten Opfern dürfte der Tod durch Ertrinken eingetreten sein, da sie aus dem Autobus, der sich überschlagen hatte, nicht rechtzeitig befreit werden konnten.

Das Unglück wurde gestern vormittags von einer Gerichtskommission aus Hohenelbe und von einer Kommission der Postdirektion Pardubitz untersucht.

Der Großteil der Getöteten — Arbeiter.

Hohenelbe, 18. August. Das gestrige Autobusunglück hat im ganzen acht Menschenleben gefordert. Mit Ausnahme der Gattin des Berliner Arztes Mendelsohn und des Chauffeurs Ritz, waren sämtliche Getötete als Arbeiter in der Klotterischen Textilfabrik in Hohenelbe beschäftigt und wohnten in Hohenelbe bei Hohenelbe. Verwundet wurden im ganzen 10 Personen. Wie nun festgestellt wurde, befanden sich im Autobus im ganzen 18 Personen, den Chauffeur mit eingerechnet.

Autos unterm Zug.

Olmütz, 18. August. Bei der Straßenunterführung der Kreisstraße auf der Strecke Stalitz-Boskowitz wurde ein Automobil mit vier Insassen vom Zuge erfasst. Das Automobil wurde

vollständig zertrümmert, wobei zwei Personen tödlich und zwei leicht verletzt wurden.

Kopenhagen, 18. August. Ein Automobil mit fünf Insassen stieß in der Nähe von Widdelsort auf der Insel Funen bei einem Uebergang mit einem Zuge zusammen. Das Automobil wurde von der Lokomotive 40 Meter weit mitgeschleppt und vollständig zertrümmert. Drei Personen wurden getötet, eine Frau und ein Kind lebensgefährlich verletzt.

Eingreifen des Postministers.

Prag, 18. August. Sobald Minister für Post und Telegraphen, Dr. Frankl, von dem Autobusunglück in Hohenelbe erfuhr, unterbrach er sogleich seinen Urlaub und ließ sich über das Unglück und den Verlauf der Rettungsarbeiten genau informieren. Auf seinen Befehl fuhr ein höherer Beamter des Postministeriums an die Unglücksstätte, um im Namen des Postministers und der Postverwaltung den Hinterbliebenen der Opfer das Beileid auszusprechen und sich über das Befinden der Verletzten zu unterrichten. Gleichzeitig wurde an die Unglücksstätte eine behördliche Kommission entsandt, um die Ursache des Unglücks festzustellen und die weiteren erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Kerter für schuldhafte Chauffeure in Frankreich.

Paris, 17. August. Nach einer Meldung aus Perpignan stürzte ein Autobus mit 13 Personen, die aus Meer fahren wollten, an einer Straßenbiegung um. Drei Personen wurden getötet, neun verletzt.

Bei Colmar wurden bei einem Autozusammenstoß acht Reisende verletzt, davon drei schwer.

Die „Matin“ berichtet, wurden in den Tagen vom 14. bis zum 17. August in Frankreich bei Autobusunfällen 36 Personen getötet und 183 verletzt. Der Pariser Polizeipräsident hat neuerdings eine Rundmachung erlassen, in der er allen Autofahrern, die ein Unglück an den für Fußgänger reservierten Uebergängen verschulden, den Entzug des Führerscheins und ihre sofortige Einlieferung androht.

Und bei uns?

Brünn, 17. August. Bei dem Brünn Flugplatz wurde Samstag um Mitternacht auf der Olmützer Straße der 29jährige Kontrollor Blastimil Krémát aus Husowitz von einem unbekanntem Automobil zu Boden gerissen, wobei Krémát so schwere Verletzungen erlitt, daß er bald darauf starb. Der Chauffeur verlor sich nach dem Unglück das Licht und fuhr davon. Nach dem Chauffeur wird gefahndet.

Die Streibewegung in Nordfrankreich.

(Von unserem Pariser Mitarbeiter.)

Als vor einem Monat in Nordfrankreich die Arbeiterchaft einer großen Zahl von Textil- und Metallfabriken in den Streik traten, schenkte die öffentliche Meinung dieser Bewegung keine sehr große Beachtung. Ob eine Lohnerrhöhung, oder ob die Einführung der allgemeinen, obligatorischen Sozialversicherung den unmittelbaren Anlaß dazu bildete, schien gleichgültig. Denn allzu lange pflegen solche Bewegungen nie zu dauern. Zeit Jahren war es in Frankreich zu keinen größeren Streiks gekommen, die nicht nach wenigen Tagen abgeklaut wären, ohne irgendwelche anderen Spuren zu hinterlassen, als die der Enttäuschung des Proletariats.

Die Spaltung, die in Frankreich ja gerade auf gewerkschaftlichem Gebiet verheerend wirkte, schien die Arbeiterchaft, besonders in Bezug auf die Anwendung der Waffe des Streikes, lahm gelegt zu haben. Zur allgemeinen Ueberberraschung trat jedoch im Norden diesmal das Gegenteil von dem ein, was man zu sehen gewöhnt war. Die Streibewegung breitete sich rasch aus und schließlich beteiligten sich über hunderttausend Arbeiter daran. Jetzt begann die öffentliche Meinung sich dafür zu interessieren und zwar um so mehr, als über den Charakter des Streikes, über die Ziele, die die Arbeiterchaft dabei verfolgte, die widersprechendsten Behauptungen aufgestellt wurden.

„Die Bewegung ist lediglich auf kommunistische Forderungen zurückzuführen“ so konnte man in den meisten bürgerlichen Blättern lesen. Das war von Anfang an nicht wahr. In Wirklichkeit waren es die der alten C. G. T. (Confédération Generale du Travail — Allgemeiner Arbeitsbund) angeschlossenen Organisations, die zur Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale gehören, die die Initiative ergriffen hatten. Und gerade im Norden stehen diese Organisationen in engeren Beziehungen zur sozialistischen Partei, als dies sonst im übrigen Frankreich der Fall zu sein pflegt. Das hervorzuheben ist wichtig, weil es die beste Antwort auf den großen Pressfeldzug bildet, den das nordfranzösische Unternehmer-Konjunktium entfacht und durch den es die öffentliche Meinung zu überzeugen suchte, daß die Streibewegung gegen die Einführung der Sozialversicherungsgesetze gerichtet sei und somit den Widerstand rechtfertige, den das Unternehmertum, wenigstens soweit es in dem Konjunktium organisiert ist, seit Monaten gegen die Sozialversicherungsgesetzgebung geleistet hatte.

Mit dieser Taktik gedachte der nordfranzösische Unternehmerverband, an dessen Spitze ein ausgesprochener Scharfmacher, Herr Desfré Ley — ein früherer Arbeiter — steht, zu gleicher Zeit die Streibewegung zu kompromittieren, einen tödlichen Streich gegen die ihm verhassten Sozialversicherungsgesetze zu führen und damit auch die Regierung und vor allem den Arbeitsminister Pierre Laval zu treffen, die „allen Warnungen des Unternehmerkonjunktiums zum Trotz“, in der Kammer und im Senat auf die endgültige Durchführung der Sozialversicherungsgesetzgebung gedrängt hatten. Es ist keine Frage, daß es während einer gewissen Zeit dem Konjunktium und der ihm ergebenen Presse gelang, nicht nur das Ausland über den wahren Sachverhalt und über den Charakter der Streibewegung irrezuführen, sondern auch einen großen Teil der öffentlichen Meinung in Frankreich selbst. Da die Forderung einer Lohnerrhöhung — denn um diese handelte es sich beim Ausbruch des Streikes — zusammenfiel mit der praktischen Einführung der Sozialversicherung und der darin sowohl für die Unternehmer als für die Arbeiterchaft enthaltenen Beitragsverpflichtung, konnte auch bei dem Unbefangenen der Eindruck entstehen, als ob es sich um einen

gegen die Sozialversicherung geführten Kampf handelte.

Man entsann sich des Widerstandes, den im Jahre 1910 die sogenannte Arbeiter-Altersversicherung bei den damals noch anarchoindividualistisch orientierten französischen Gewerkschaften gefunden hatte und zeigte sich geneigt, Vergleiche anzustellen, die durch die Tatsachen in keiner Weise gerechtfertigt werden, da es sich anno 1910 um eine innerhalb der Arbeiterchaft und auch in der sozialistischen Partei heftig strittene Teil-Reform handelte, während im Jahre 1930 endlich, nach jahrzehntelangen Bemühungen, die Gesamt-Sozialversicherung zur endgültigen Annahme gelangte, wie sie in Deutschland seit einem halben Jahrhundert besteht und wie sie von der französischen Arbeiterchaft von jeher gefordert worden ist.

Allerdings haben die Kommunisten, das heißt die stark zusammengeschmolzenen, der Moskauer Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen, sogenannten CGT-Gewerkschaften und die französische kommunistische Partei in der Pariser „Humanité“ die Parole ausgegeben, daß die Arbeiterchaft die Sozialversicherung als „reinkapitalistische Räuberei“, als „Diebstahl am Proletariat“, als „sozialfaschistische Irreführung“ bekämpfen und vor allem sich weigern müsse, die geforderten Beiträge zu zahlen. Diese verantwortungslose Heße der Kommunisten hat dazu beigetragen, den Feldzug des Scharfmacher-Konfortiums zu erleichtern und den Charakter der Streikbewegung nach außen zu verzerren. In Wirklichkeit spielen die Kommunisten im hochindustriellen Norden, wo es ihnen bei den Wahlen nicht gelang, auch nur einen einzigen ihrer Kandidaten durchzubringen und wo sämtliche Arbeiterbezirke in den Händen der Sozialisten blieben, nur eine untergeordnete Rolle. Die Mittel, die ihnen für die Propaganda zur Verfügung stehen, erlauben ihnen ein weit über ihren tatsächlichen Einfluß hinausgehendes Geschrei zu erheben und die vom kapitalistischen Standpunkt aus begreifliche Bereitwilligkeit, mit der die Presse des Unternehmer-Konfortiums diesem kommunistischen Geschrei ihr wohlberichtetes Echo verleiht, haben den Eindruck erwecken oder verstärken können, daß die im Streit befindliche Textil- und Metallarbeiterchaft gegen die Sozialversicherung im Kampf stehe. Heute weiß ganz Frankreich, daß dies keineswegs der Fall ist und daß die erdrückende Masse der im Streit stehenden Arbeiter nicht nur die völlige Durchführung der Sozialversicherung begrüßen, sondern selbstverständlich auch bereit ist, die Beiträge zu zahlen. In einer Artikelserie, die starkes Aufsehen erregte, hat der Führer der sozialistischen Kammerfraktion, Léon Blum, in der nachdrücklichsten Weise betont, daß die Beitragszahlung durch die Arbeiter, unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Umständen, nicht nur zur technischen Durchführung des Gesetzes notwendig erscheine, sondern auch moralisch wichtig sei, da es der Arbeiterchaft das Recht auf die Selbstverwaltung der Massen sichern müsse. Und die CGT-Gewerkschaften haben einen Aufruf erlassen,

in dem sie ebenfalls ganz unzweideutig sich für die Sozialversicherung und für die Beitragspflicht der Arbeiterchaft aussprechen, jedoch die Forderung einer Lohnerhöhung, im Hinblick auf die Teuerung, voll und ganz aufrecht erhalten.

Das Unternehmerkonfortium, Herr Ley an der Spitze, hat versucht, Uneinigkeit in der Arbeiterchaft hervorzurufen, dadurch daß es sich plötzlich bereit erklärte, nicht nur seine eigenen Beiträge zu zahlen, sondern sogar alljährlich den Arbeitern die von ihnen gezahlten Beiträge zurückzuerstatten, wenn sie, . . . ja wenn sie das ganze Jahr über hübsch brav geblieben, nie in einen Streit getreten wären und auch ihren Platz nicht gewechselt hätten. Diese „prime a la fidélité“, diese „Prämie für Treue“, wie sie rasch getauft wurde, ist von der Arbeiterchaft und von der ganzen öffentlichen Meinung als das empfundene worden, was sie ist: als ein ungeheurer Korruptionsversuch, als ein Mittel um die Freizügigkeit und die Handelsfreiheit der Arbeiter einzuschränken. Deswegen ist sie auf den härtesten Widerstand gestoßen und ihre Bekämpfung steht jetzt mindestens so sehr im Vordergrund, wie die Lohnforderung. Selbst ein großer Teil der Nordunternehmer

hat sich von dem Konfortium getrennt. Und in dem hochkapitalistischen Pariser „Avenir“ hat einer der Führer des gesamtfranzösischen Unternehmertums, der ehemalige Senator Billiet, offen gegen das nordfranzösische Konfortium und gegen Désiré Ley Stellung genommen, dem er vorwirft, ursprünglich fälschlicherweise erklärt zu haben, daß die französische Industrie den Beitrag für die Sozialversicherung überhaupt nicht, ohne zum Bankrott verdammt zu sein, ertragen könnte, während er sich jetzt in einer, für die Arbeiterchaft allerdings demütigenden Form bereit erkläre, sogar eventuell die Arbeiterbeiträge zu zahlen!

Wie der Kampf schließlich ausgehen wird, läßt sich nicht sagen. Herr Désiré Ley verkinde stolz, daß er in ein paar Wochen die Arbeiter mürbe gemacht haben würde. Einsteilen stehen diese noch so im Kampf, daß man Vertrauen in einen für das Proletariat günstigen Ausgang haben darf.

Jedenfalls eines ist Herrn Ley und seinem Konfortium, trotz kommunistischer Mitarbeit, jetzt schon mißlungen: die öffentliche Meinung gegen die Sozialversicherungs-Gesetze zu mobilisieren und diese Gesetzgebung selbst zu sabotieren!

Genosse Hampl über Fragen der Wirtschaft und Politik.

Das sonntägige „Právo Lidu“ veröffentlicht Äußerungen des Vorsitzenden der tschechischen Partei, Abgeordneten Genossen Antonín Hampl, zu einer Reihe wirtschaftlicher und politischer Fragen.

Die Frage nach der Entwicklung unserer volkswirtschaftlichen Verhältnisse und nach den notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beantwortet Genosse Hampl dahin:

Zunächst müsse die allgemein bekannte Tatsache unterstrichen werden, daß die Abwärtskrise in der Tschechoslowakei ein Teil der Weltkrise ist und daß wir von ihr weniger betroffen sind als eine Reihe anderer Staaten, obwohl festgestellt werden muß, daß die amtlichen Ziffern über die Zahl der Arbeitslosen nicht vollständig sind. Außerdem ist es notwendig, dem Umstand Gewicht beizulegen, daß ein bedeutender Teil der Industrieunternehmen kurzarbeitet und daß der Prozentsatz der halbbeschäftigten Arbeiterchaft sehr beträchtlich ist. Unsere Partei hält es für ihre Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Fürsorge zur Einschränkung der Krise in erster Linie von einer staatlichen Initiative ausgehen müsse, insbesondere die Gemeinden, ohne Mittel sind. In erster Linie muß die Mobilisierung des Gesetzes über die Bauaufsicht angestrebt werden. In welchem Ausmaße es möglich ist, von dieser Seite her eine Besserung zu erwarten, kann man beurteilen auf Grund der zu Bauzwecken bestimmten Beträge, welche folgende Ziffern beleuchten: Die Zentralsozialversicherung in Prag hat für das Jahr 1930 hypothekarische Darlehen in der Höhe von 300 Millionen Kronen bewilligt, die Allgemeine Pensionsanstalt in der genannten Zeit einen Anteil von 130 Millionen Kronen.

Mit kleineren Beträgen beteiligen sich an der Schaffung von Baukrediten auch andere Geldinstitute. Ich bin allerdings der Ansicht, daß es unerlässlich notwendig sein wird, die Gültigkeit des Baugesetzes wenigstens um ein Jahr zu verlängern, wenn es nicht zu Schwierigkeiten kommen soll, denen wir bei der letzten Gesetzreform begegneten. Eine weitere Möglichkeit, die Arbeitslosigkeit abzubauen, kann die Schaffung eines Straßensfonds sein, dessen Investition für das Jahr 1930 537 Millionen Kronen ausmacht. Es ist heute allerdings, wo die Wirkungen der Krise so empfindlich sind, unbedingt notwendig, über die Art des Systems Erwägungen zu pflegen. Ich halte es nicht für wünschenswert, daß die einzelnen Ministerien und Sektionen der öffentlichen Verwaltung jedes Jahr die gleiche Summe investieren und den gleichen Betrag auf ihr Investitionsprogramm setzen. Ich halte es daher für notwendig, daß man an die Schaffung von Investitionsfonds schreitet, in welche jährlich budgetierte Summen einfließen sollen, die eine bestimmte Reserve in der Zeit der wirtschaftlichen Schwierigkeit sein können und so auf dem Arbeitsmarkt einen gewissen Ausgleich herbeiführen. Damit hängt auch die Frage des Geldkreditwesens und die Höhe des Zinsfußes zusammen. Einige für unser wirtschaftliches Leben bedeutsame Institute befinden sich in finanziellen Schwierigkeiten und sind nicht fähig, den Zinsfuß herabzusetzen, weshalb die letzte Herabsetzung seitens der Zettelbank auf unseren Finanzmarkt fast einflusslos geblieben ist.

Auf Fragen der Außenpolitik übergehend meint Genosse Hampl, daß die Sozialdemokratie eine lokale Zusammenarbeit mit allen Nachbarstaaten anstrebe und daß wir auch natürlich keine Lei-

stung gegen Budapest haben, sondern mit dem ungarischen Volke, in erster Linie mit seinen Arbeitern und Bauern, in freundschaftlicher Uebereinstimmung leben wollen. Auf die hiesige politische Situation anspielend, bemerkte Genosse Hampl, daß für die nächste Zukunft nicht mit einer anderen politischen Konstellation zu rechnen sei, keines der beiden Lager hat die absolute Mehrheit. Allerdings muß man damit rechnen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse verschlechtert sind und daß das Wort Krise bei den öffentlichen Diskussionen tagtäglich, ja eine Reihe von Monate hindurch gang und gäbe sein wird. Genosse Hampl hofft daher, mit Rücksicht auf die schwierigen Verhältnisse, auch auf ein Verständnis bei den Rechtsparteien.

Von den politischen Fragen, mit denen sich unser Parlament in absehbarer Zeit befassen wird, ist zu erwähnen, der 13. Gehalt, die Selbstverwaltung, der Garantiefonds, Gewerbelkredit und andere Fragen. Es steht außer Zweifel, daß die Vereinigung der politischen Kräfte der Arbeiterklasse und die Wiedervereinigung aller ehemals in der Sozialdemokratie stehenden Kräfte eine Stärkung des Sozialismus bedeutet.

Vorstoß der Unternehmer im Ruhrgebiet.

Essen, 18. August. Das Schreiben des Bergbauvereins, in dem die Lohnordnung vom 22. April 1929 zum 30. September gekündigt wird, ist heute bei den Bergarbeitergewerkschaften eingegangen. Wegen des Verhandlungstermines wird sich der Bergbauverein in den nächsten Tagen mit den Gewerkschaften in Verbindung setzen.

In fast allen Städten des Ruhrgebietes fanden gestern Versammlungen des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter statt, in denen gegen die Kündigung des Lohnabkommens in harter Weise protestiert wurde. Nach Ansicht der Referenten dürfe eine Tarifverschlechterung bei der gegenwärtigen Notlage der Bergarbeiterchaft nicht ruhig hingenommen werden, der Versuch einer Lohnkürzung würde vielmehr schwere soziale Kämpfe auslösen.

Gedenkfeier in St. Lorenzen.

Wien, 18. August. (Eigenbericht.) Gestern fand in Brud an der Mur zum Jahrestag der Ereignisse von St. Lorenzen eine machtvolle Kundgebung der Arbeiterchaft statt. Bereits am Samstag waren alle Straßen, die nach Brud führen, von Tausenden des republikanischen Schubundes bedeckt. Mit Lastautos und zu Fuß kamen Zehntausende von Schubkämpfern in die Stadt, aus Wien allein kamen in 61 Lastautos mehr als 2000 Mann, außerdem kamen noch viele Abteilungen mit der Bahn. Sonntag vormittag erfolgte der Aufmarsch durch die Stadt auf den Platz, wo 12.000 Schubkämpfer aufgestellt waren. Abgeordneter Dr. Julius Deutsch erklärte, daß am Tage von St. Lorenzen die steiermärkischen Arbeiter und Kleinbauern die Heimwehrfaschisten gelehrt hätten, daß ein Marsch nach Wien ein gefährliches Unternehmen wäre. St. Lorenzen sagte er, hat uns gelehrt, daß die Arbeiterklasse nur dann mit den Faschisten fertig werden kann, wenn sie entschlossen ist, sich seiner Angriffe mit allen Mitteln zu erwehren. Auf dem Friedhof von Brud fand dann eine Trauerfeier statt, wo Landtagsabgeordneter Genosse Wallisch das Denkmal in die Obhut der Bruder Arbeiterchaft übernahm. Auf dem Denkmal steht folgende Inschrift: Den Opfern des blutigen Sonntags von St. Lorenzen. August 1929.

Die Fürstin und ihr Bandit.

Roman von Georg Strelitzer. 38

Deutsche Rechte Th. Anant Nachl. Verlag.

„N Tag, lieber Bracu,“ rief er hocherfreut, „das ist nett, daß ich Sie treffe. Sie müssen sofort mit mir in den Klub! Ich habe Wichtiges mit Ihnen zu reden.“

Er packte mich beim Arm und ließ mich nicht mehr los.

„Hören Sie,“ sagte er, „ich komme eben von der Prinzessin Pizzicattino. Sie ist auf den alten Trabianu fürchterlich geladen, weil er ihren jüngsten Sohn, den Prinzen Bibi, der als Legationsrat in Paris tätig war, von seinem Posten abberufen und zur Disposition gestellt hat. Auch die staatliche Subvention für ihren Verein zur Hebung des Ansehens Rumaniens im Auslande und zur Hebung des Fremdenverkehrs“ wurde ihr verweigert.“

„Was habe ich damit zu tun? Wir sind die Vereine der Prinzessin völlig gleichgültig.“

„Uns gar nicht, lieber Bracu! Die Prinzessin, die bereits schwante, ob sie angesichts der veränderten Verhältnisse mit ihren Söhnen nicht besser die Verbindung mit uns aufgeben und Anschluss an die Trabianus suchen sollte, hat dank der ungeschickten Taktik des Alten der neuen Regierung den Krieg angefangen. Sie ist jetzt unsere entschlossene Parteigängerin. Die alte Dame besitzt große Beziehungen und erfreut sich, wie Sie wissen, bei den Bauern draußen großer Beliebtheit. Das kann uns nur nützen. Durch sie haben wir auch eine treffliche Verbindung mit dem königlichen Hause, die für uns von großer Bedeutung sein kann. Es muß auf alle Fälle vermieden werden, daß die Dynastie ganz im Fahrwasser der Trabianu-Politik segelt. Aber nun passen Sie auf, Bracu! Die Prinzessin hat eine herrliche Idee.“

„Es handelt sich hoffentlich nicht wieder um einen Verein,“ wagte ich einzuwenden.

„Nein — nein, seien Sie beruhigt,“ versetzte der frühere Minister, „manchmal hat sie wirklich ganz geniale Einfälle. Es handelt sich nämlich um — Balaban!“

„Ah — schon wieder!“

„Was heißt schon wieder? Ich finde ihre Idee glänzend.“

„Was ist denn das eigentlich für eine Idee?“

„Hören Sie, Bracu! Im Kreise Tulcea haben die Trabianus den früheren Präsekte Tittu als Kammerwahlwerber aufgestellt. Er führt die Regierungsliste.“

„Ausgerechnet Tittu, der sich seinerzeit als Präsekte durch seine Bestechlichkeit so mißliebig gemacht hat?“

„Ja! Man hofft wahrscheinlich, die dortige Bevölkerung derart einzuschüchtern, daß Tittu trotz seiner Unpopularität durchgebracht wird. Wir selbst haben in der Gegend keinen geeigneten Kandidaten, der den Kampf gegen Tittu aufnehmen könnte. Denn Raducanu ist ein Feigling. Er wird sich durch die Drohungen Tittus ins Bodshorn jagen lassen und auf jeden Widerstand im vorhinein verzichten. Wir brauchen aber dort einen ganzen Kerl, der das Vertrauen der Bevölkerung genießt und für den diese auch im Falle von Repressalien einsteht.“

„Also soll nicht Raducanu für unsere Partei kandidieren?“

„Nein! Wir wollen an seiner Stelle Balaban als Kandidaten aufstellen!“

„Balaban — den Räuber Balaban?“

„Ja — das ist nämlich die Idee der Prinzessin Pizzicattino. Und ich sagte Ihnen schon, ich finde den Einfall fabelhaft. Balaban genießt auch heute noch ungeheure Popularität — vor allem in seiner engeren Heimat. Man hat ihn amnestiert. Er besitzt alle Bürgerrechte. Er wird

bestimmt unseren Vorschlag akzeptieren und sich als Wahlkandidat aufstellen lassen, da er doch durch unsere Regierung seinerzeit amnestiert wurde und uns zu Dank verpflichtet ist.“

Ich mußte bei aller Ueberraschung zugeben, daß die Idee wahrhaftig nicht übel war.

„Na sehen Sie,“ sagte der Minister, „es wäre eine Bombensensation, wenn wir seinen Namen auf unsere Wahlliste bekämen. Tittus Terrorakte werden gegen einen Balaban nicht ausrichten können. Der weiß sich schon zu wehren. Mit Balaban als Listenzugführer ist uns der Sieg im Kreise Tulcea sicher. Aber auch in den übrigen Landesteilen wird man seine Kandidatur mit Begeisterung aufnehmen.“

„Glauben Sie nicht, Exzellenz, daß es dem Rufe unserer Partei schaden könnte, wenn wir einen ehemaligen Räuber . . .“

„In die Deputiertenkammer bringen! I wo! Was fällt Ihnen ein? Ganz im Gegenteil! Die Trabianus werden natürlich vor Wut schäumen. Aber eben deshalb erst recht. Balaban ist eine Zugkraft ersten Ranges. Unsere Partei behauptet ja immer, daß sie sich der Armen, der Elenden, der Enterbten des Glücks annehme. Wir wollen doch eine Partei des Volkes, der breiten Masse sein! Und schließlich . . .“

Der Minister beugte sich weit zu mir hinüber und flüsterte mir zu:

„Glauben Sie, Bracu, daß Balaban der erste Räuber ist, der in die Kammer einzieht?“

„Der erste christliche Räuber zumindest, Exzellenz,“ wandte ich ein, „und dagegen habe ich doch gewisse Bedenken. Ich fürchte, er wird sich als Mitglied des hohen Hauses sehr unglücklich fühlen. Er besitzt eine viel zu gute Meinung von Gott und der Welt. Ein so biederer, aufrichtiger, anständiger Mensch paßt nicht in die Versammlung von Politikern hinein.“

Der Minister lachte,

„Sie denken zu weit, Bracu. Wenn Balaban in die Kammer gewählt wird, dann genügt es vollkommen, wenn er still dastet und sich hier und da mal einen Zwischenruf leistet, den wir ihm schon souffrieren werden. Niemand von der Regierungsmajorität wird es wagen, ihm zu widersprechen oder gar ihn zu reizen.“

„Wenn es aber doch geschehen sollte?“

„Nun — wenn der seine Fäuste zeigt, dann kriecht das ganze hohe Haus unter die Bänke. Darauf verlassen Sie sich! Schlägereien, wie sie bisher im Parlament üblich waren, dürfen sich nicht mehr ereignen. Dafür bürgt mir die Anwesenheit Balabans. Ich halte es für eine große moralische Tat, diesen Mann in die Kammer zu bringen. Er wird die Argumente unserer Partei buchstäblich durch das Gewicht seiner Persönlichkeit vertreten. Wie schrieb doch der gestrige „Abeverul“? Das neue Parlament braucht starke Männer! Einen stärkeren als Balaban wüßte ich im ganzen Lande nicht. Und darum, lieber Bracu, müssen Sie ihn sofort auffuchen und ihn bestimmen, die Kandidatur anzunehmen. Sie kennen ihn besser als wir. Beim nächsten Regierungswechsel sollen Sie dafür wenigstens einen Staatssekretärposten erhalten. Dafür garantiere ich Ihnen. Kommen Sie gleich in unseren Klub mit, damit Ihnen die Parteileitung den offiziellen Auftrag erteilt, mit Balaban zu verhandeln. Ich bin überzeugt, daß alle begeistert sein werden.“

Er wehrte alle Einwände ab, die ich noch erheben wollte und schleppte mich kurz entschlossen in das Zentralbüro unserer Partei, wo gerade die maßgebenden Führer zu einer entscheidenden Sitzung versammelt waren und nur noch die Ankunft meines Begleiters abwarteten, um mit den Beratungen zu beginnen.

(Fortsetzung folgt.)

Herr Bloch wird frech.

Worüber einmal zu sprechen wäre.

Herr M. Bloch, Custos der Reptilienpresse im Ministerratspräsidium, hat sich die besondere Vergünstigung erwirkt, sich auf Kosten der Steuerträger eine eigene Kanone anschaffen zu dürfen, die „Tschecho slowakische Korrespondenz“, in der er zu seinem Privatvergnügen und zu dem einer feinschmeckerischen Gemeinde, die sich an seinem stürzenden Stil, dem letzten Rest der Benedikt-Schule, amüsiert, allerhand politischen Tratsch von sich gibt, den er mit einer Unmasse von Zitaten aus seinem Zeitelkasten garniert. Es kostet zwar unser aller Geld, aber da man ab und zu seinen Spaß an den Blochischen Stillmoneten hat, könnte man das noch durchgehen lassen. Herr Bloch glaubt aber, er müsse mit seiner offiziellen Privatkanone gelegentlich auch Krieg führen und wird zu Zeiten üppig. In der letzten Folge seines Wäschens druckt er einen Artikel „Mikropolitik“, nach dessen Lesart wir es doch für angezeigt halten, einmal etwas gegen das Mikropolitik des alten Bloch zu unternehmen.

Der Artikel enthält nämlich nicht nur die üblichen Egeß (worunter nicht irgendwelche Ratschläge, sondern eben besondere, von der spezifisch Blochischen Qualität zu verstehen sind), sondern Werturteile, pauschale Verdächtigungen, Beschimpfungen, und Verwundungen, die dem Herrn Reptilienrat doch nicht so ohne weiteres durchgehen sollen. Da heißt es:

„Im „subtendendeutschen“ Hausdahl waren es wieder die Deutschböhmern, welche den Ton angaben. Wir möchten dies beileibe nicht mit der Behauptung übereinstimmen, daß in der Familie zumeist jenes Mitglied herrscht, welches den unangenehmsten Charakter besitzt. Die Deutschböhmern waren kulturell und ökonomisch weit fortgeschritten und politisch äußerst regsam, was vielleicht eine Folge des ununterbrochenen Widerstreites mit den slowakischen Landsknechten ist. Das deutsche Volk wurde am schwebelichen Schleifstein geschärft. Sicher waren und sind die Deutschböhmern ein tüchtiger Volkstamm, was sie jedoch anpruchsvoll und unduldsam, aber auch einseitig und engherzig machte, so daß sie im öffentlichen Leben der weiten Horizonte und jenes „zweiten Blickes“ entbehren, der über den Tag hinaus erst werdende Gestaltungen erfasst und dadurch zu einer Taktik auf lange Sicht befähigt. So aber trieben sie immer nur Mikropolitik, an der sie, bewußt oder unbewußt, bis zum heutigen Tag festhalten.“ „Diese Defizite in ihrem Wesen zeitigten ein Ressentiment, welches ihre Nachbarschaft so unlieblich gestaltete und ihr eigenes Leben vergällte. Niemals waren sie zufrieden, am wenigsten dann, wenn sie keinen stichhaltigen Grund zu Klagen und Beschwerden besaßen. In Oesterreich waren sie die Standardnation, welche alle Ressourcen und Benefizien, die der Staat bieten konnte, in übergebührllichem Maße genossen...“ „trotz alledem aber waren sie höchlich unzufrieden, fühlten sie sich verfüßt und landten jede Weile geklammerte Schmerzensschreie über Unterdrückung in die Welt hinaus!“

Der Hinweis auf Oesterreich ist eine besondere Dreistigkeit, da Herr Bloch selbst im alten Oesterreich eine recht hohe Stellung bekleidet hat, die seiner jetzigen Stellung unähnlich ist. Das müßte sich heute von den Steuergebern der Untertanen, wie es sich damals davon genährt hat, und möchte noch von den deutschen „Ressourcen und Benefizien“ reden! Dann verdröht er die Geschichte, erzählt, die Deutschen seien 1848 mit der Reaktion gegangen, und setzt seine Pfeile mit den pauschalen und beleidigenden Bemerkungen fort:

„Als dann die unausweichlichen Folgen dieser politischen Kurzsichtigkeit eintraten, verstanden sie es wieder nicht, sich ins Unvermeidliche zu fügen, bäumten sich vielmehr gegen das selbstverschuldete Schicksal auf und verschärften noch ihren Unmut und ihre Abneigung gegen den wirklichen oder vermeintlichen Widerpart. Daß sie sich nicht nach den wirklichen Tatsachen, sondern nach ihren Hirngespinnsten richteten; daß sie sich selbst ausleben, den übrigen Völkern aber Wachstum und Geltung verkümmern wollten, dadurch haben sie nicht unwesentlich zur Forderung und zur schließlichen Sprengung des österreichischen Staatsgefüges beigetragen. Aber selbst dieses katastrophale Ereignis hat sie nicht belehrt und befehrt. Es sei davon abgesehen, daß sie unmittelbar nach dem Umsturz sich nicht in die von Grund aus geänderten neuen Verhältnisse zu finden vermochten, sondern in allerhand Irrungen und Wirrungen verfielen, welche wieder aus dem Unvermögen zur richtigen Einschätzung der wirklichen Tatsachen resultierten. Aber selbst nach Ablauf der Uebergangszeit und nach Eintritt unbestreitbarer Steigheit in der aus den Friedensverträgen hervorgehenden Konfiguration innerhalb Mitteleuropas fehlte den „subtendendeutschen“ eine der Sachlage und Zeitentwicklung entsprechende Orientierung, eine Selbstbefähigung, ein Sicheinfühlen in unabänderliche Machtverhältnisse. Die Deutschen besitzen eben nicht die Veranlagung, als Minorität zu leben und sich als solche gebührende Geltung zu verschaffen... Die Verfassung stattete sie mit allen bürgerlichen Rechten aus, auf welche ihnen ein berechtigter Anspruch zukam; ein äußerst demokratisches Wahlrecht verlieh ihnen eine Vertretung

in den gesetzgebenden Körperschaften, welche in nationaler Hinsicht noch über den Bevölkerungsproportz hinausging. Die Sprachenpraxis wurde in einer Art geregelt, daß nach der Auffassung des deutschen Statistikers Dr. Obershall in Böhmen 95,4 Prozent, in Mähren-Schlesien 91,2 Prozent aller Deutschen Eingaben und Anbringen in ihrer Muttersprache machen können. Trotzdem wird über „Entrechtung“ und „Bergewaltigung“ geklagt. Von 337.943 deutschen Kindern besuchen 334.192 deutsche Volksschulen, während verhältnismäßig mehr nicht-deutsche Schüler deutsche Schulen frequentieren als umgekehrt deutsche Jünglinge an nicht-deutschen Unterrichtsanstalten eingeschrieben sind. Trotzdem wird wieder mit einer Verhöhnung an den Völkern wegen „brutaler Entnationalisierung“ der deutschen Schuljugend gedroht. Es ist ein arger Fehler unserer Deutschen, daß sie nicht das sehen, was sie besitzen, sondern immer nur ihr Interesse darauf konzentrieren, was ihnen noch fehlt oder ihrer Meinung nach böswillig vorenthalten wird. Glauben ihre

Führer wirklich, daß sie mit derartigen, maßlos aufgebauschten Bagatellen, mit ihren als tragisch ausgegebenen Fiktionen irgendwo in der Welt einen ersten Eindruck erzielen werden?“

Man mag aus dieser Probe ersehen, mit welchen Feinheiten der Bloch die Tatsachen zu entstellen und zu verdröhen weiß. Natürlich ist so ungefähr das Gegenteil dessen richtig, was er da an „Tatsachen“ anführt. Aber da oder dort mag der ausländische Leser, dem das Blochische Elaborat kostenlos ins Haus geliefert wird, doch stutzig werden. Wir wollen — der Mikropolitik, der Politik der Kleinigkeiten und Kleinlichkeiten also, immer obhold — aus dem an sich sehr unwichtigen Herrn Bloch keine Affäre machen, aber das lasse er sich gesagt sein, daß wir ihn immerhin für wichtig genug halten, einmal auch im Parlament über ihn zu reden, wenn er sich nicht jene Beschränkung auferlegt, die ihm als Staatsbeamten und aus den Steuergeldern auch der deutschen Bevölkerung bezahlten Amtsschreiber gezient!

Wildwest im deutschen Wahlkampf.

Die Häubermethoden der Hitlerianer und Moskowiter.

Oberstein (Oldenburg), 17. August. In einer gestern abends abgehaltenen sozialdemokratischen Wahlversammlung in Ndar kam es zu einem blutigen Zwischenfall. Als ein nationalsozialistischer Redner nach Ablauf seiner Redezeit sich weigerte, die Tribüne zu verlassen und einen Kommunisten zu Wort kommen zu lassen, stürmten plötzlich 20 bis 25 Nationalsozialisten auf die Tribüne und schlugen den Versammlungsleiter, Redakteur Hüllenbach, nieder. Er erlitt schwere Verletzungen. Nur mit Mühe konnte die Polizei weitere Ausschreitungen verhindern.

Wolfenbüttel (Braunschweig), 17. August. In der Nacht zum Sonntag kam es hier zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Zwei Kommunisten wurden durch von Nationalsozialisten abgegebene Schüsse schwer verletzt. Die Kommunisten verfolgten ihre politischen Gegner, worauf es erneut zu Zusammenstößen kam. Weitere Ausschreitungen konnten von der Polizei nur mit Mühe verhindert werden. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Heute vormittag herrschte in der Stadt große Unruhe. Wiederum kam es zu Zusammenstößen, wobei mehrere Personen verletzt wurden.

Justizminister Dr. Reichner greift ein!

Am vergangenen Samstag hat das Justizministerium verordnet:

1. Daß ein Staatsanwalt von Montag, den 18. August an ständig im Untersuchungsgericht in Panitzsch zu amtieren habe, um die Erledigung der Untersuchungsfälle zu beschleunigen; gleichzeitig wird es von nun an Pflicht des Staatsanwaltes sein, den intervenierenden Verteidiger sofort zu empfangen, um dem Beschuldigten noch vor Stellung des Haftantrages Gelegenheit zu geben, seine Rechte tunlichst zu wahren;
2. daß von nun an in Uebertretungs- und Vergehenssachen die Untersuchungshaft ganz zu entfallen habe oder im äußersten Falle auf das allerhöchste Ausmaß zu beschränkt ist;
3. daß vom 18. ds. angefangen ein ständiger Kraftfahrtdienst für Akten zwischen dem Untersuchungsgericht in Panitzsch und der Staatsanwaltschaft am Karlsplatz zu errichten ist, um die für Untersuchungsgefängnisse so nachteilige Zerteilung der Voruntersuchung zu mildern.

Mit diesen Verordnungen dokumentiert der Justizminister, daß es ihm ernstlich um die Demokratisierung und Milderung des Strafgerichtsdienstes geht, damit ist der Beweis erbracht, daß durch Uebergang dieses Ressorts in sozialdemokratische Hände tatsächlich ein frischer Geist in das Haus der ehemaligen Kadettenschule eingeblasen ist — Anlaß zu diesen Verordnungen waren die Mißstände, auf die wir in letzter Zeit wiederholt hingewiesen haben. — Es mehrten sich die Fälle, da Männer und Frauen, sogar Abgeordnete und Publizisten wegen politischer Uebertretungen wochenlang in Untersuchungshaft besaßen wurden, ohne überhaupt einvernommen zu werden, und daß — wie z. B. nach der Schießerei bei Radotin über den Redakteur Römec — nach vier- und fünfwöchiger Untersuchungshaft eine nur unbedeutende Arreststrafe wegen einer geringfügigen Uebertretung verhängt wurde.

Sehr ehrenvoll für unsere Richter und Staatsanwälte wird dieser Erlaß nicht sein: beinhaltet er doch kaum mehr, als § 189 Strafprozessordnung und die hiezu erlassenen Haftvorschriften aus den Jahren 1900 und 1905, wird doch damit indirekt zu gegeben, daß sich hierzulande bei den Untersuchungsbehörden ein ungesetzlicher Mißbrauch eingebürgert hat, wenn der Verhaftete von Anfang an dem Beurteiler gleichgestellt wurde und als Objekt bürokratischer Willkür leiden mußte. Oder war es nicht beschämend zu hören, daß ein Untersuchungsrichter einen Haftbescheid nicht erlassen wollte, weil der zuständige Staatsanwalt auf Urlaub war? War es nicht für jeden Verteidiger niederdrückend, wenn er um eine Intervention beim Staatsanwalt oftmals betteln mußte und gewöhnlich nicht gerade höflich hinauskomplimentiert wurde, obwohl kein Gesetz die Intervention verbietet? Gegen diese und ähnliche Mißstände hat Dr. Reichner ein verurteiltes Wachtwort gesprochen; hoffentlich nicht vergeblich, denn

für die Entscheidungen der Richter ist keine Verwaltungsbehörde verantwortlich. Nichts kann in diesen Belangen verdröhter sein, als das blinde Sturmlaufen der kommunistischen Presse gegen den Justizminister wegen richterlicher Entscheidungen: für Engstirnigkeit und Weltfremdheit manches Urteils ist nur der Richter verantwortlich, der nach der Verfassung unabsehbar und frei ist. Nur vor sich selbst hat er es zu verantworten, wie er das Gesetz ausdeutet und auslegt und darum wird auch weiterhin das eifrigste Bestreben der Justizverwaltung sein müssen, wirklich gute Kräfte dem Richternachwuchs zuzuführen. An der richterlichen Freiheit zu rütteln, wäre Abkehr vom demokratischen Grundprinzip der Justiz!

Berlin, 17. August. In Charlottenburg wurden in der vergangenen Nacht zwei Nationalsozialisten von politischen Gegnern überfallen und schwer verletzt. In Steglitz wurde heute nachmittag ein Zug von etwa 70 Nationalsozialisten wegen Tragens von verbotenen Uniformen und Abzeichen festgenommen.

Am Norden Berlins wurde ebenfalls nachmittag ein Demonstrationszug der kommunistischen Partei ohne jeden Zwischenfall aufgelöst.

Berlin, 16. August. In der Sprengelstraße im Norden Berlins wurden sieben Nationalsozialisten von etwa 12 Kommunisten angefallen und mit Schlagringen und Gummiknüppeln bearbeitet. Einer der Angreifer bezog einen der Nationalsozialisten mit einer starken Säure. Der durch die Säure Verletzte und drei andere Nationalsozialisten, die Hiebverletzungen erlitten hatten, wurden zur nächsten Behandlungsstelle gebracht, konnten jedoch nach ärztlicher Behandlung in ihre Wohnungen entlassen werden. Die Täter sind unbekannt entkommen.

Lieb' Vaterland magst ruhig sein...

So ein Kriegsminister muß wirklich große Sorgen haben, da er doch in allererster Linie darüber nachdenken muß, die Vaterlandsliebe und die Liebe zum Soldatenstand zu wecken und zu beleben. Die Wege, die man dabei geht, sind recht verschieden. Nur ganz wenige versuchen es mit guten Worten, andere mit heißen Wörtern. Im alten Oesterreich war das Aushängen einer beliebigen Methode und so hat eben jeder sein eigenes Stücken Pferd. Das beste Mittel hat sich aber sicher der ungarische Kriegsminister Gömbös ausgefucht, um die Begeisterung für das Soldatenspielen zu heben. In der „Reichenberger Zeitung“ vom 14. August 1930 lesen wir die nachstehende Notiz:

Die Wiederkehr der Troubadours.

Der ungarische Kriegsminister, General Gömbös, hat einen Befehl erlassen, nach dem die alte Einrichtung der wandernden Sänger oder Troubadours wieder belebt werden soll, um den patriotischen Geist zu stärken und die Liebe zum Soldatenstand zu erhöhen. Seit den Tagen des Königs Apad haben die Sänger und Lautenspieler, die im Lande herumziehen, die sogenannten „Regös“, in der Geschichte Ungarns eine wichtige Rolle gespielt; sie waren immer die Träger der Vaterlandsliebe und wurden von diesem musikalischen Volk hoch geehrt. In jenen fernen Zeiten bildeten die „Regös“ eine eigene Zunft, nahmen an allen Hoffestlichkeiten teil und durchzogen die Städte und Dörfer; sie wurden auch von manchen Gemeinden fest angeheißt. Aus diesem Geschlecht der mittelalterlichen Spielleute haben sich einige in einzelnen Teilen des Landes bis in die Gegenwart erhalten, erscheinen bei den Festen in ihrer malerischen Tracht und lassen die alten Lieder, die alten Musikweisen hören. Nun wird ihre Zunft zu neuem Leben erweckt.

Die erste Gruppe von „Regös“, die auf Grund des Befehls gebildet wurde, besteht aus acht jungen Musikanten, die von György Radnab, einem beliebten Sänger, geführt werden; dieser läßt das Amt des Troubadours bereits seit zehn Jahren aus, nachdem die Befegung seiner

Um die Ostgrenzen.

Paris, 17. August. Zu der angekündigten Reise des deutschen Volschafters in Paris von Bösch nach Berlin erzählt „Matin“, daß Bösch in aller Eile vom Berliner Außenministerium nach Berlin berufen wurde, um über den Widerhall, den die letzte Rede Treviranus in den breiten französischen und amtlichen Kreisen gefunden hat, Bericht zu erstatten. Von Bösch hatte in den letzten Tagen mit dem französischen Außenminister Briand zwei Unterredungen über diese Angelegenheit.

Auch Höpker-Aschhoff für Revision.

Düsseldorf, 17. August. In einer Wahlversammlung der deutschen Staatspartei erklärte der preussische Finanzminister Höpker-Aschhoff zu den Parteimündigungs-Verhandlungen mit Dr. Scholz, es sei falsch, daß er nicht den Kampf gegen die Sozialdemokratie wolle. Ablehnen müsse er jedoch den Gedanken eines Hindenburg-Blocks gegen die Sozialdemokratie. Bezüglich der deutschen Außenpolitik erklärte der Minister: „Wir müssen eine aktive Außenpolitik betreiben, das Schweregewicht der Welt nach dem Osten verlegen. Es handelt sich darum, die Ostgrenzen zu sichern und der deutschen Wirtschaft den Weg nach dem Osten freizumachen. Am Donaubekken und in Mitteleuropa liegen große Möglichkeiten für die deutsche Wirtschaft. Wir wollen Völkerverbindungen und Verständigung bei aller heißen Liebe zu unserem Vaterlande.“

Alle Regierungen haben dasselbe Gelordert.

Berlin, 17. August. Zu den politischen Presse-Kommentaren über die letzte Treviranus-Rede wird in einem hier ausgegebenen halbamtlichen Kommentar erklärt: „In der Frage der deutsch-polnischen Grenze ist erneut zu betonen, daß alle deutschen Regierungen hinsichtlich der gegenwärtigen Grenzgestaltung stets dieselbe Auffassung vertreten haben und über diese Auffassung nie einen Zweifel aufkommen ließen. Daran wird auch das Pronunciamento von einem unabänderlichen Widerspruch des polnischen Volkes gegen jede Grenzänderung in der Zukunft nichts ändern.“

Und wieder Treviranus!

Kassel, 17. August. In einer überfüllten öffentlichen Versammlung eröffnete Reichsminister Treviranus gestern abends in Kassel den Wahlkampf für die Konservativen in Hessen-Nassau. Er führte hierbei u. a. aus: „Man kann mit Recht sagen, daß etwas neues in Deutschland aufsteigt. Nur darf man das nicht von einem alten oder neuen Parteistandpunkt aus betrachten. Das Gesetz des Handelns hat der Reichspräsident — niemand anders — und zwar so lange, bis das deutsche Volk wiederum selbst entscheidet. Des deutschen Volk soll sich gesund wählen, dem Reichspräsidenten erneut das Vertrauen aussprechen, wenn der Rebel der Parteienden zerfallen ist. Darum weg mit dem Kastengeräte, das der nationalen Wirtschaft größere Wunden schlägt als Reparationslasten und innerer deutscher Verfall. Woher anders rührt die Radikalisierung breiter Schichten als aus der Enttäuschung über Verprechungen auf der Rechten, denen die Alltagsarbeit nicht Rechnung tragen konnte. Man muß den größeren Mut haben, unpopuläre Arbeit anzufassen, wenn man ehrlich „mitregieren“ will. Mein Bekenntnis auf dem Reichstagsplatz zu einer aktiven Revisionspolitik ohne kriegerische Drohungen war der selbstverständliche Ausdruck der Empfindungen der Frontgeneration. Uns ist der Frontgeist kein wider Begeisterungsgetränk, sondern eine Verpflichtung zur mutigen Geduld, zur Vertiefung des Glaubens an den Sieg der Rechtsgleichheit unter den Völkern des Kriegeslebens. Die Außenpolitik darf nicht nur eine Sache der Fachlichkeit sein, sondern muß die Sache des ganzen Volkes werden. Das ist neben anderen Aufgaben der Kernstoff der politischen Mission der Dreißig- bis Fünfzigjährigen in Deutschland.“

seiner Vaterstadt Kad durch die Rumänen ihn zur Flucht zwang. Ein anderer moderner „Regös“ war Lajos Lauritsin, der sich in den letzten Jahren zu dem gefeierten Tenor der Budapestener Oper entwickelt hat. Die neuen Troubadours tragen die alte bunte Kleidung; unter ihnen befindet sich ein Lautenschläger und ein Spieler des ungarischen Nationalinstrumentes Tarogato. Sie veranstalten ihre Konzerte unentgeltlich in den Orten, nach denen sie das Kriegsministerium beordert. Jeder der neuen Troubadours erhält ein festes Monatsgehalt von 350 Pengö oder 250 Mark.

Wenn das nicht zieht, dann hilft schon sicher kein Mittel mehr! Und an Stoff wird es den ungarischen Bänkelsängern auch bestimmt nicht fehlen: da sind die Blut-, wolle sagen „Helden“-Taten eines Horts zu befeigen, da gibt's das Banknotenfälscherlied, besonders beliebt ist die Ballade vom König Loto und vom Königshrontraum und dergleichen ungarische Schlager mehr! Die Troubadours werden vom Kriegsministerium kommandiert! Das besagt alles und läßt uns mit ziemlicher Genauigkeit die Volkskunst ahnen, die der Herr Kriegsminister propagieren und pflegen will. Ein Mittel mehr zur Volksverdrummung. Ungarn wird sicher Gelder zu anderen Zwecken notwendiger brauchen, als zu solchen mittelalterlichen Popanz.

Es ist nur gut, daß sich unser Heeresminister nicht mit solchen Gedanken plagen muß! Wir haben vorläufig unsere, die „Radotin listy“ und die „Politika“, die uns die Troubadours vollkommen ersetzen.

D. S.

Von der deutschen Einzelstaateri. Daß die Einzelstaateri der Deutschen Republik dem politischen und wirtschaftlichen Fortschritt entgegen steht, ist ein häufiges Thema dieser Zeit. Einige Fortschritte sind immerhin gegen die vormärzliche Zeit erzielt worden, wenn man Rückschau hält auf Vorgänge, die jetzt als Kuriosum anmuten. Reich jüngerer Linie, das 826 Quadratkilometer groß war und 40.000 Einwohner zählte, stand mit seinem nachbarlichen Großstaat Preußen anderer Linie nicht auf bestem Fuße. In den Kirchen des Landes Heinrich des Zweihundertsiebzigsten betete man damals:

Schlacht der Schönheitsmütter. In einem wilden Handgemenge kam es in Madrid zwischen den Müttern mehrerer Schönheitskönigin-Aspirantinnen, von denen nur eine naturgemäß als Schönheitskönigin gewählt war. Die Polizei hatte größte Mühe, die Kampfhemmen auseinander zu treiben.

Das Postamt Prag 2 wird wegen Malerarbeiten am 20. und 21. August nicht amtierend, und zwar werden an diesen beiden Tagen die Kassa und die Räumlichkeiten für Erlagschein- und Postanwechslung geschlossen sein, während am 22. und 23. d. M. keine eingeschriebenen Briefe und keine Postpakete angenommen werden. Der übrige Dienst des Postamtes, insbesondere der Telefon- und Telegrammdienst, wird in vollem Umfange auch während der obenangeführten Tage aufrecht erhalten werden.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Ueberstunden mit Orchester.

In den bekannten Putzloswerken in Leninograd wurden die Arbeiter Ende Juni zu der denkbaren weitgehendsten Ueberarbeit angehalten: Der Gipfelpunkt wurde am 30. Juni erreicht. In diesem Tage mußte jeder Arbeiter zwei und mehr Schichten in der Traktorenwerkstatt durcharbeiten, um den Produktionsplan zu erfüllen. Durchschnittlich arbeitete jeder Arbeiter über vierzehn Stunden. Um die Arbeiter in der Nacht zu ermuntern, spielte in der Werkstatt ein Musikorchester. Der Enthusiasmus war groß. So berichtet das Zentralblatt des Obersten Volkswirtschaftsblatts, „So Industrialisatiju“ (Nr. 153), in Fettdruck über diese Ueberarbeit, bei der erschöpfte Arbeiter durch Musik zur äußersten Kraftanstrengung angehalten wurden. Dieser Bericht trägt die bezeichnende Ueberschrift: „Die Putzloswarbeiter haben ein heroisches Beispiel gezeigt.“ Anderswo nennt man so was Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft und Umgehung des Arbeiterschutzes.

Der akute Eisenmangel, die allgemeine Rohstoffknappheit und die äußerst unpünktliche Belieferung der Werke verursachten häufige Produktionsstörungen in den Sowjetbetrieben. Um die hochspannenden Produktionspläne trotz unregelmäßiger Belieferung zu erfüllen, wird am Monatsende Ueberarbeit ganz allgemein praktiziert. Daß die Arbeiter dabei „großen Enthusiasmus“ empfinden, wird man dem amtlichen Sowjetblatt schwerlich glauben.

Und wie man mit den Traktoren umgeht, die die Putzloswarbeiter durch gesundheitsgefährdende Ueberarbeit herstellen, schildert eine Meldung der Sowjetpresse vom 20. Juli, betitelt „Obdachlose Traktoren“, wie folgt:

„Schon über ein Monat liegen auf der Eisenbahnstation Lowitzka unter freiem Himmel dreißig Traktoren der „Roten Putzloswwerke“. Die nicht zugeordneten Traktoren, die dem Regen ausgesetzt sind, rosten. Die kommunistische Planwirtschaft auf Kosten der Arbeiter und Bauern entpuppt sich immer mehr als „polnische Wirtschaft“.

Die Flucht des Bankkassierers.

Von Amel Gasmussen.

Heinrich Meise geht planlos, mit seinen kleinen, bebenden, trippelnden Schritten durch die Straßen. Er weiß ganz genau, daß in diesem Augenblick der Draht überall hin die Nachricht tragen wird, daß er, der Bankkassierer Heinrich Meise aus Uhlbusch, achtundzwanzig Jahre alt, schlank, mittelgroß, besondere Kennzeichen keine, nach Unterschlagung von sechzigtausend Mark flüchtig geworden ist, aber er ist gar nicht sehr besorgt, solange er auf diese Art, das Lederlöcherchen fest in der Faust, durch die Straßen der großen, fremden Stadt wandert. Er weiß, daß er ausflieht, wie tausend, wie hunderttausend andere, und daß es niemanden einfallen wird, ihn festzuhalten und zu verhaften. Sicher vermutet man ihn in einer der Hafenstädte, um von dort auf irgendeine Art nach dem Ausland zu entkommen. Aber er ist nicht dumm; er weiß: hier, fast im Herzen des Landes, ist er sicher, hier verschwindet er in der ungeheuren Menschenmasse, die der Puls der Weltstadt durch die steingebauten Adern treibt.

Nur freilich: vor der hereinbrechenden Nacht hat er Angst. Angst vor dem Augenblick, wo er genötigt sein wird, sich ein Obdach zu suchen. Es gibt da immer so neugierige Portiers in den Hotels, die hundert Fragen stellen nach woher und wohin, nach Namen und Ort. Fünfzig Prozent aller Flüchtlinge und Verfolgten werden in ihrem Hotel erwischt — das hat er mal irgendwo gelesen. Und das andere ist fast ebenso schlimm — das Uebernächtlige draußen — auf irgendeiner Bank in den öffentlichen Anlagen oder unter einem Brückendogen. Wenn's Unglück will, kommt ein Schupo, der seine Personalien erfragt oder gar ihn ins Polizeigefängnis bringt, wegen Obdachlosigkeit. Und dann ist das Unglück schon da — man wird, das Geld bei ihm finden und die falschen Papiere und wird sich mühe-

Ein schweres gefehlmäßiges Unrecht an den Lehrer-Altpensionisten

Das Gesetz Nr. 70/30 hat den Altpensionisten unter den Staatsangestellten die volle Gleichstellung mit jenen ihrer Kollegen gebracht, die unter der Geltungsdauer des neuen Beamtenbesoldungsgesetzes Nr. 103/26 in den Ruhestand versetzt worden sind. In der ganz gleichen Weise sind auch die Lehrer der staatlichen Anstalten (Mittel- und Fachschulen) behandelt worden und es erhielten auch die Direktoren dieser Schulen die besondere Zulage, die sie für die Beforgung der Leitungsgeschäfte während der Dauer ihrer Amtszeit (die Funktionszulage, jetzt im Gesetz Nr. 103/26) als Funktionsgehalt bezeichnet erscheint, in der Höhe bemessen, wie sie durch das neue Gesetz festgesetzt ist.

Den Lehrern aber, die im Zeitpunkt ihrer Versetzung in den Ruhestand sich in leitender Stellung befanden hatten, d. h. Schulleiter (an einstufigen Volksschulen), Oberlehrer (an mehrstufigen Volksschulen) und Bürgerchuldirektoren, erhielten die Funktionszulage lediglich im bisherigen Ausmaße angewiesen.

Diese peinliche Uebersehen, die in Wahrheit eine bittere Enttäuschung der Lehrer-Altpensionisten bedeutet, ist darauf zurückzuführen, daß die Durchführungsverordnung der Regierung zu diesem Gesetz, die unter Nr. 96 in der offiziellen Sammlung erschienen ist, im § 51 folgendes ausspricht:

„Die Pensionsgrundlage erhöht sich bei den Gendarmeriepersonen um die Gendarmeriezulage, bei Angehörigen der Sicherheitswache um die Wachzulage, bei Angehörigen der Finanzgrenzwache um die Grenzerzulage, und zwar in der Höhe, wie sie sie bei der Beendigung des aktiven Dienstes bezogen hatten.“

Dasselbe gilt für Leiter von Schulen (Schulleiter, Oberlehrer und Bürgerchuldirektoren) bezüglich der Leitungszulage und für Lehrer an staatlichen Übungsschulen bezüglich der Dienstzulagen.“

An diese Bestimmungen halten sich die Landesbehörden und weisen den in leitender Stellung gewesenen Lehrer-Altpensionisten nur die „Funktionszulage“ — so hieß bis 1. 1. 1926 die „Weiterzulage“ bei den Volks- und Bürgerchullehrern bis zum Inkrafttreten des Gesetzes Nr. 104/26 — in dem bisher bezogenen Ausmaße an.

Durch diesen Vorgang sind die betroffenen Lehrer um Beträge bis zu mehr als 1000 Kronen jährlich geschädigt, die Witwen belästigt um die Hälfte dieses Betrages.

Die Zahl der so geschädigten Lehrer-Altpensionisten einschließlich der Witwen beläuft sich auf beiläufig 8—10.000.

Für den Nichtjuristen muß es vorweg als ausgeschlossen erscheinen, daß der eben geschilderte Vorgang zulässig wäre, denn nach den wiederholten Versicherungen des Finanzministers und den Erklärungen der Vertreter der Regierung bei den Beratungen über die Vorlage in den Ausschüssen, wie im Parlamente selbst, sollte durch das Gesetz jede Unterscheidung in den Bezügen der Ruheständler, die durch die Verschiedenheit des Zeit-

punktes der Pensionierung bewirkt worden ist, aufgehoben werden. Mit dieser Klar und oft betonten Tendenz des Gesetzes steht es aber in unlösbarem Widerspruch, wenn die vor dem 1. 1. 1926 pensionierten leitenden Lehrer, bei Durchführung des Gleichstellungsgesetzes eine um Hunderte von Kronen geringere Funktionszulage (heißt heißt die Direktor-, bzw. Leiterzulage) erhalten, wie jene, die auf Grund des Gesetzes Nr. 104/26 in den Ruhestand versetzt worden sind.

Aber auch für den Juristen ist klar, daß hier eine vollständig irrlige Deutung gesetzlicher Anordnungen vorliegt.

Die im § 51, Abs. 2 enthaltene Bestimmung, die die Ursache der Benachteiligung der Lehrer-Altpensionisten, soweit sie in leitender Stellung gewesen sind und deren Witwen bei Durchführung des neuen Gesetzes bildet, nimmt auf keine bestimmte Anordnung des Gesetzes selbst Bezug und so ist man bei Prüfung ihrer Gefehlmäßigkeit lediglich auf Vermutungen angewiesen.

Der Umstand, daß die besprochene Anordnung gerade im § 51 getroffen wird — die Eingliederung der leitenden Volks- und Bürgerchullehrer in der gleichen Gruppe, wie die Gendarmen, Sicherheitswacheleute und „Grenzer“ ist für die Einstellung des Verfassers der Verordnung gegenüber dem Volks- und Bürgerchullehrerstand schon an sich symptomatisch — läßt erkennen, daß dieser Herr vermeint, die Vorschrift des § 6, Abs. 1, 2. Satz des Gesetzes, die von den genannten Wachorganen handelt, beziehe sich auch auf die Leiter der Volks- und Bürgerchulen, bzw. auf deren Funktions-(Weiter-)zulage! Das ist aber ganz falsch.

Die eben angeführte Bestimmung lautet: „Die Zulagen gemäß § 66, 75 und 85 des Gesetzes Nr. 76/22 und der analogen Bestimmungen des Gesetzes Nr. 153/13, sowie die Zulagen gemäß §§ 35 bis 46, 90 bis 98 des Gesetzes Nr. 158/75 bleiben unberührt.“ Die Zulagen also, die durch das neue Gesetz „unberührt“ bleiben, d. h., also nicht erhöht werden, sind im § 6, Abs. 1 des neuen Pensionsgesetzes ershöpfend aufgezählt. Es sind das jene, die durch die 3 abjitierten Gesetze festgesetzt erschienen, also die Gendarmerie — die Wache — und Grenzerzulagen. Auf andere Zulagen kann sich also die Bestimmung des § 6, Abs. 1, Satz 2, nicht beziehen und wenn die Durchführungsverordnung dies dennoch zu tun versucht, steht diese ihre Anordnung mit dem Gesetz im offenen Widerspruch.

Oder will man etwa die Vorechtigung zu der fraglichen Anordnung der Durchführungsverordnung vielleicht aus der Vorschrift des § 5 des Gesetzes Nr. 70/30 ableiten, welche lautet: „Die Regierung wird ermächtigt, die Vorschriften für die Bestimmung der Pensionsgrundlage, der entsprechenden Kinderzulage und der Ergänzungszulage der Verheirateten für die Person, auf die sich dieses Gesetz bezieht, nach dem Dienstverhältnis in der Bediensteten (Lehrer) am Tage der Beendigung des aktiven Dienstes in einer Weise zu bestimmen, die das durch die Vorschriften für die Ueberleitung in die neuen Be-

züge nach dem VII. Teil des Gesetzes Nr. 103/26 (Beamtenbesoldungsgesetz) bzw. Abschnitt V, 1. Teil des Gesetzes Nr. 104/26 (Lehrergesetz) ... festgesetzte Ausmaß nicht übersteigt.“

Dieser § „ermächtigt“, d. h. wußt im Zusammenhang mit der imperativen Fassung der Vorschriften der §§ 1 und 2 dieses Gesetzes — beauftragt die Regierung, die Pensionsgrundlage im Sinne der Vorschriften der Gesetze Nr. 103/26 und Nr. 104/26 für die Ueberleitung der Bezüge nach diesen Gesetzen festzusetzen, und zwar so, daß sie das nach diesen Gesetzen gebührende Ausmaß nicht übersteigen.

Nur dann also, wenn die Bezüge bei Durchführung des Gesetzes Nr. 70/30 höher wären, als wie sie einem unter der Geltungsdauer des Ges. Nr. 104/26 nach diesem Gesetze pensionierten, leitenden Lehrer gebühren, wäre das Ministerium berechtigt, eine Kürzung der Funktionszulage vorzunehmen. Da diese Voraussetzung aber bei keinem einzigen Leiter der Volks- oder Bürgerchule eintritt bzw. eingetreten ist und dies auch gar nicht behauptet wird, so ist auch die Befassung der Funktionszulage im früheren geringeren Ausmaße unmöglich. Vielleicht vermehren die Herren Verfasser der Regierungsverordnung ihre Berechtigung zur Erlassung der Anordnung des § 51, Abs. 2 dieser Verordnung auch daraus ableiten zu können, daß der eben erwähnte § 5 des Gesetzes Nr. 70/30 der Regierung die Ermächtigung gibt, Teuerung- und Kinderzulagen, sowie andere Zulagen zum Zwecke der Ueberleitung in die neuen Bezüge „nach dem im Zeitpunkt der Beendigung des aktiven Dienstes bestandenen Dienstverhältnisse“ festzusetzen. Soweit hier die Funktionszulage der leitenden Lehrpersonen in Betracht kommt, kann unter dem im Zeitpunkt des Abganges aus dem aktiven Dienste bestandenen Verhältnisse natürlich nur die Klassenzahl, nach der sich ja die Höhe der Funktionszulage richtet, nicht aber das damals bestandene Ausmaß in Betracht kommen. Das hat man bei den Mittel- und Fachschuldirektoren sofort eingesehen und die Funktionszulage — sie heißt jetzt im Gesetz Nr. 103/26 „Funktionsgehalt“ — in dem im § 75 dieses Gesetzes festgesetzten höheren Betrage angewiesen und nicht in dem bei ihrer Pensionierung bezogenen geringeren Ausmaße.

Warum soll bei den Leitern der Volks- und Bürgerchulen nicht der gleiche Vorgang eingeschlagen werden? Oder glauben die Herren, die die Bestimmung des § 51, Abs. 2 der Verordnung stiftet haben, etwa gar, daß sie die Pensionsgrundlage der Lehrer und die dazu gehörigen Zulagen auf Grund der im § 5 des Ges. der Regierung erteilten „Ermächtigung“ überhaupt nach freiem Ermessen festsetzen, also bei ihrer Bemessung eventuell auch unter die gesetzlich festgesetzte Höhe herabgehen können? Diese Auffassung wäre natürlich rechtlich unmöglich, denn die im § 5 erteilte Ermächtigung bedeutet verfassungstechnisch nichts anderes, als einen Auftrag an die Regierung, bei der Ueberleitung der bisherigen Angehörigen in jene nach dem Gesetz Nr. 70/30 eben nach den Bestimmungen des VII. Teiles des Gesetzes Nr. 103/26 für die Staatsangestellten und des V. Teiles des Gesetzes Nr. 104/26 für die Lehrer, welche Teile die Ueberleitung in die neuen Bezüge betreffen, vorzugehen. Diese Ermächtigung kann aber — wie aus dem ganzen Aufbau des Gesetzes, insbesondere aus der imperativen Fassung der §§ 1 und 2 des Gesetzes Nr. 70/30 hervorgeht — nur im Rahmen der Vorschriften dieses Gesetzes ausgeübt werden und dieses bietet für ein freies Ermessen keinen Raum. Daß das Gesetz 70/30 die Pensionisten der Willkür der Regierung ausliefern wollte, ist doch vorweg ausgeschlossen. (Zuschluß folgt.)

2 Ratschläge

für die Schönheitspflege auf der Reise

1. Zur natürlichen Bräunung der Haut setze man vor und nach der Besonnung die Haut, insbesondere Gesicht und Hände mit Creme Leodor gründlich ein; man erzielt dann ohne schmerzhaftes Röten eine gesunde, sonnengebräunte Hautfärbung. Creme Leodor, Tube 5.— Kd und 8.— Kd, Leodor-Edel-Seife 5.— Kd. In allen Chlorodont-Vorkaufsstellen zu haben.
2. Zur Erlangung schöner weißer Zähne putze man früh und abends die Zähne mit der herrlich erfrischenden Zahnpasta Chlorodont, die auch an den Seitenflächen, mit Hilfe der Chlorodont-Zahnbürste einen elfenbeinartigen Glanz erzeit. Chlorodont-Zahnpaste, Tube 4.— Kd und 6.— Kd, Chlorodont-Zahnbürste für Damen 7.— Kd, für Herren 8.— Kd, für Kinder 5.— Kd, Chlorodont-Mundwasser 8.— und 16.— Kd.

los aus allen Begleitumständen ein zutreffendes Bild zu machen vermögen. Schließlich: wer ein kleines Vermögen mit sich herumschleppt, hat nicht nötig im Freien zu kampieren, auch wenn es Frühling ist und die Nächte lau und milde sind, wie eben heute.

Aber Heinrich Meise schiebt mit einem energischen Ruck seines Kopfes alle diese Gedanken weit von sich. Noch ist ja Zeit, noch braucht man sich um diese Dinge nicht zu kümmern. Es ist eben erst acht und bis zwölf Uhr kann man sich ruhig draußen aufhalten, ohne anzufallen. Vielleicht, wenn man mit einem Mädchen bekannt würde, wenn man in Begleitung eines weiblichen Wesens ein Hotel aufsuchte, wäre die Sache leichter. Solchen Mädchen gegenüber pflegen die Hotelbedienten viel diskreter zu sein. Meise hatte zwar keine eigenen Erfahrungen auf diesem Gebiet — wie käme er auch zu solchen Erfahrungen in Uhlbusch, wo die Menschen alle einander kennen, wo sie sich gegenseitig in die Fenster sehen — aber er war doch bei der Leihbibliothek abonniert und hatte viel gelesen. Da kennt man das Leben!

Noch wie gesagt, das alles wird sich finden. Einweilen läßt Heinrich Meise sich treiben, und da er gerade vor einem großen, hellerleuchteten Kino einen Augenblick stehen bleibt, läßt er sich auch einem plötzlichen Entschluß folgend, durch die gläserne Drehtür mit hundert anderen Menschen hineinspülen. Er bedenkt, daß er da zwei Stunden im Dunkeln sitzen wird, vor der erleuchteten Leinwand. Er hat, seit einiger Zeit eine gewisse Vorliebe für Dunkelheit. Löst deshalb ein Billet, läßt sich ein Programm in die Hand drücken und ist schon im Begriff seinen Platz aufzusuchen, als sein Blick auf eines dieses Programme fällt. „Der Defraudant“ steht da in großen Blocklettern, und da Meise dieses Wort liest, das selbe Wort, das seit Stunden, seit Tagen in seinem Hirn hämmerte und in seinem Ohr summt, wird er plötzlich matt. Ja, die Angst überfällt ihn mit solcher Gewalt, daß er sich auf-

dem Absatz herumdreht und, nicht ohne Mühe, entgegen dem hereinströmenden Menschenstrom, dem Ausgang zustrebt, um Erlaunen des Kontrolleure, der die Einlaßkarte bereits entwertet hatte.

Draußen auf der Straße, atmet er auf. Die abendliche Luft, durch einen aufkommenden Wind erfrischend belebt, beruhigt ihn. Ja, er kann sogar schon wieder lächeln — ein etwas dünnes, etwas gequältes Lächeln freilich. Er wirft einen Blick auf die Lichtreklame. Ja, natürlich, das Stück trägt den Titel „Der Defraudant“. Und vielleicht wäre es ganz lehrreich gewesen, es sich anzusehen. Aber er hat ja das Programm, trägt es noch immer festgeballt in der einen Hand — die andere hat ja genug damit zu tun, den ledernen Handschuh zu umschließen, um denselben in der Hand führen zu können. Er durch sein ganzes bisheriges Leben gemacht hat. Und er wird das Programm lesen, in irgend einer ruhigen Straße — oft ist ja der Inhalt des Stückes darin angegeben. Und es könnte für ihn von größter Wichtigkeit sein. Von großer Wichtigkeit, wie er sich mit heilerem Blütern wiederholt.

Hat er sich anfangs im Zentrum des Verkehrs, in den Hauptstraßen herumgetrieben — von dem Wunsch gelenkt, in dieser ungeheuren Menge unterzutauhen und zu verschwinden, so scheint es ihm plötzlich zweckmäßiger, möglichst abgelegene Stadtteile aufzusuchen. Es ist doch immerhin wahrscheinlicher, daß er dort jemanden begegnet, der ihn kennt, der um seine Tat weiß. Im Zentrum ist man nicht ganz so sicher, dort pflegen seine Direktoren und Vorgesetzten zu wohnen, wenn sie einmal geschäftlich oder privat herkommen. Und die Summe, die er, Heinrich Meise, verwendet hat, war wohl groß genug, um einen der verantwortlichen Leiter der Bank zu veranlassen, hierher zu kommen.

Der Kassierer entfernte sich also mit seinen nervösen Schritten, die noch immer kein Zeichen von Ermüdung erkennen lassen, vom Mittelpunkt der Stadt und kommt, nach nicht zu langer Zeit, von dem Zufall und von seinem Instinkt gelenkt,

in einsamere, abgelegene, wenn auch nicht ganzlich unbesetzte Straßen. Ja, er kommt über eine breite, schöne Brücke, an deren Rampe er stehen bleibt, und das Programm, das ihn so heftig interessiert, im Licht eines Kandelabers mit halbwegiger Mühe lesen zu können. Aber in diesem Augenblick entföhrt ein Windstoß das eben entfaltete Blatt Papier und reißt dem Kassierer gleichzeitig den Hut vom Kopf — den Hut, ohne den er ausfallen wird, auffallen muß, weil zu dieser frühen Jahreszeit, zu dieser apaten Stunde kein Mensch in der Stadt ohne Hut zu geben pflegt.

Meise läßt vor Schreck den Ledertoffer fallen. Aber er hat Glück; es gelangt ihm, mit beiden zugreifenden Händen, den Hut fast noch im Fallen aufzufangen. Nur das Programm, das jost der Wind spielend und kostbar über den asphaltierten, spiegelglatten Fahrdamm.

Meise bemitt sich keinen Augenblick. Er hegt dem tangenden Blatt Papier nach, ja, erreicht es auch und wirft sich darüber wie eine Deute in denselben Augenblick, da ein Auto, ein paar vom Wind erdrückte Suspensionen ausstehend, elastisch aus einer Querstraße herausschießt und den Mann zu Boden wirft, ehe noch der Chauffeur die Bremse in Tätigkeit zu setzen vermag.

Im Krankenhaus, aufstehend für einen Augenblick aus purpurner Finsternis, von furchtbaren Schmerzen zerwühlt, sieht Meise das zerknautschte, beschmutzte Stück Papier in seiner trampfisch geschlossenen Hand und lächelt leise, jelig wie ein Knabe beimache. Aber dann kommt auch schon der Arzt mit der barmherzigen Morphiumspritze, und Meise versinkt aufs neue in eine abgrundtiefe Bewußtlosigkeit, aus der er nie, nie wieder erwachen wird.

Während im selben Augenblick ein fragwürdiges Individuum in der dunkelsten Ecke einer Vorstadt-licpe einen ledernen Handschuh öffnet und mit glänzenden Augen den Inhalt überprüft — bare sechzigtausend Mark.

Witteilungen aus dem Publikum.

Das Rezept des Augenarztes

Kann nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn das Augenglas sachmännisch angepaßt wird. Lassen Sie Ihr Rezept bei Optiker Deutsch, Prag, Graben 2, Palais „Aurora“, ausführen.

Riefenzirkus „Gleich“, dessen Erfolg sich von Tag zu Tag steigert, gibt täglich abends 8 Uhr seine Vorstellungen, Mittwoch, Samstag und Sonntag finden außerdem Vorstellungen um 3 Uhr statt, in welchen auch das vollständige Programm zur Vorführung gelangt, dabei zahlen die Kinder auf allen Plätzen nur halbe Preise. Der Zoo des Riefenzirkus „Gleich“ ist täglich von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends durchgehend geöffnet und enthält die seltensten exotischen Exemplare, wie sie selbst mancher Großstadt-Zoo nicht besitzt. Die Kapellen des Riefenzirkus „Gleich“ geben heute Freiluftkonzerte, und zwar von 10 bis 12, 16 bis 18 und 19 bis 20 Uhr, an Tagen mit zwei Vorstellungen von 10 bis 12, 14 bis 15 und 19 bis 20 Uhr. Man misstraut vor allen Dingen denjenigen Gerüchten, die wissen wollen, daß bereits die billigeren und mittleren Plätze ausverkauft seien. Die Direktion des Riefenzirkus „Gleich“ weist hierzu ausdrücklich mit, daß bis zum Beginn der Vorstellung noch immer Plätze in den mittleren Kategorien zu haben sind. Wer sicher gehen will, erkundigt sich vorher telefonisch unter Nr. 25.973, er wird immer noch einen Platz haben können. Benutzen Sie den Vorverkauf, der täglich an den 12 Zirkuskassen stattfindet, und zwar von 9 Uhr früh den ganzen Tag über. Außerdem sind noch Karten zu haben bei Truhlfakova. 839

Sport * Spiel * Körperpflege

Der Bau des Wiener Stadions.

Die Arbeiten für den Bau des Stadions, das zu Beginn des Sommers 1931 fertiggestellt sein dürfte, schreiten rasch fort. Die großen Sportanlagen, Fußballplätze, Laufbahnen, Sprunggruben und Trainingsplätze sind zum größten Teil bereits vollendet. Der Bau der großen Tribüne, die in Eisenbetonkonstruktion durchgeführt wird, steht ebenfalls vor der Vollendung. Räumlich werden bereits die letzten Arbeiten für die Substanten des Stadions, die Garberoben, die Kabinen für die Sportler, die verschiedenen Räume für die Ärzte und Angehörigen sowie die Diensträume, fertiggestellt. Der Gemeinderatsausschuß für technische Angelegenheiten hat in seiner letzten Sitzung die Vergabe der Tischlerarbeiten für den Stadionbau und die Herstellung der eisernen Fensterteile genehmigt. Die Kosten für diese Herstellungen betragen 228.000 Schilling.

Parteigenossin! Parteigenosse!

Bist du schon Mitglied

der

„Kinderfreunde?“

wenn nicht, dann tritt bei.

„Freundschaft!“

Kunst und Wissen.

Tschechische Premieren.

Große Operette. Das alte Wiener scheint die tschechischen Theater frühzeitig zu bekehren. „Das Weichen von Montmartre“ ist eine opernhafte aufgezäumte Operette aus der Fabrik Kalmansk, die zwar beim Publikum viel Beifall gefunden hat, aber nur, weil man heutzutage auch altbekannte Melodien in neuem Gewand gerne hat. Die tschechischen Operettensängerin Branner und Grünwald hätten vielleicht besser getan, das Textbuch intonieren zu zeichnen, aber schließlich können sie sich nicht mehr schaden. — Schwamm drüber! Wenn die Leute hineingehen, so doch nicht auf unsere Empfehlung. Die Aufführung ist gut, besonders Slava Tauberova, Wenzel Norman und Kraus.

Kammerspiele des Weinberger Theaters. „3000 Grad Liebe“ ist ein nettes Lustspiel von André Whyso, nicht besonders dumm — bis auf den dritten Akt — nicht besonders schlüpfzig, so recht geeignet zur harmlosen Amusement. Die Grundidee ist sogar sehr nett: Ein Fabrikant — mit schöner Frau natürlich — gerät in Schwierigkeiten, rettet einem Poeten — der seine Frau andichtet und ins Wasser geht — das Leben und nimmt ihn zu sich, unter der Bedingung, daß er sich versichern läßt und an einem bestimmten Tag Selbstmord verübt. Er stirbt natürlich nicht, bekommt die Frau und springt scheinbar in einen Glasofen von 3000 Grad Hitze. Um das Gleichgewicht herzustellen, nimmt sich der Fabrikant eine Freundin und alles geht gut aus. Diesmal wird wieder glänzend gespielt. Hervorzuheben vor allem die Frellova, die sich heuer sehr zu entwickeln scheint und aus ihrer vorjährigen Reserve heraustritt. Hoffnungsvoll auch die junge Halikova als Kammerkammer und treffend, wie immer, im Volkstyp die Bečvarova. Von den Herren wegen hervor Smolik und Beverka.

Goebbels Stammgast in Moabit.

Von Hans Wefemann.

Herr Josef Goebbels, das Oberhaupt der Berliner Nazis, hat in dieser Woche nicht weniger als fünf Termine wegen Verleumdung politischer Gegner. Er dürfte damit für Deutschland eine Rekordleistung aufgestellt haben.

Nazis als Junggäste.

In der Turmstraße vor dem großen Portal des Kriminalgerichtes, drückt sich ein Haufen junger Burichen auf dem Fußweg herum. Die jungen Widelgamaßchen und Windjocken, aber es ist doch nur ein kümmerlicher Ertrag für das verbotene Braunbrot, das sonst so weit zur Belebung des Berliner Straßenbildes beitrug. So stehen denn diese getreuen Trabanten des Herrn Goebbels, die man zur Frühdienstrübung befohlen hat, mißvergnügt in dem feinen Regen und unterscheiden sich in gar nichts von den anderen gewöhnlichen Zivilisten, die schon das Augenbrauenrunzeln eines einzigen Schupos in gebührendem Respekt hält. Auch ein nettes blondes Fräulein trippelt aufgeregt vor dem Eingang hin und her. Sie hält einen Blumenstrauß in der Hand, um ihn ihrem Heros zu überreichen, wenn er jetzt gleich, immer wieder mal nach Moabit muß, um hier peinliche Rede und Antwort zu stehen. Unvermutet fährt das Auto vor. Der stramme Chauffeur hilft Herrn Goebbels distret beim Aussteigen. Aber man sieht doch, daß der große Tribun ein lahmies Bein hat, das ihm nicht nur in dieser Lebenslage peinlich ist. Der Führer seiner Leibgarde gibt, etwas zu früh, den Befehl zum festsitzigen Gruß. Aber es klingt etwas dünn. Man hört es kaum wie die engbrüstigen Junglinge ihr „Heil“ rufen. Das nicht sehr zahlreiche Publikum sieht mit erstauntem Spott die hochgeredeten Arme. Ein Arbeitsmann faßt die Volksstimmung in dem schönen Satz zusammen: „Jawoll, so hoch liegt bei uns der Dreck.“

Josef Goebbels spricht.

Er wirkt noch kleiner, wenn er sich jetzt aufrecht. Man wird den Verdacht nicht los, daß er ein Gradhalterforscher trägt, um möglichst stramm militärisch zu wirken. Auch sonst bemüht er sich, möglichst diszipliniert mit der gelassenen Ruhe jenes arischen Idealmenschen zu sprechen, dessen Widergeburt er ja bekanntlich verkörpert. Und seine Herren Richter machen es ihm auch leicht, die Haltung zu bewahren. Aber unversehens bricht bei Josef Goebbels das wahre Temperament durch. Die Stimme wird laut, brüllend, wobei er leider nur vergißt, daß der kleine Gerichtssaal Nr. 536 nicht dieselben akustischen Wirkungen hat, wie der Saal der Friedrichshainbrauerei. So daß die mächtigen Schallwellen, die niemand in diesem kleinen Brustkasten vermutet, von den Wänden zurück und auf Herrn Goebbels prallen. Schlimm auch für ihn, daß er die Hände nicht ruhig halten kann. Ich habe selbst in Neapel beim Fischmarkt nicht solch sprechende Gebärden des wilden Gestaltierens, des erregten Schnalzens mit den Fingern, des krampfhaften Herumwerfens der Arme, alles das verbunden mit einem nervösen und beunruhigenden Zucken der Gesichtsnerven — ich habe alles das, was man sonst romanisches Temperament oder in der Umgangssprache des Herrn Goebbels „jüdische Rabulistik“ nennt, niemals in so konzentrierter und typisch-endgültiger Form gesehen, wie gerade bei Herrn Goebbels. Aber vielleicht gehört er zu jenen Leuten, die nur Fortissimo sprechen können, weil sie Angst haben, daß ihnen sonst doch niemand zuhört. Und während große Worte, pfundschwere Zeitungsphrasen, abgegriffene Versammlungsbrufe aus seinem Munde dahinströmen, kommt mir plötzlich die Erinnerung an den amerikanischen Filmkomiker Buster Keaton, der in seiner melancholischen Startheit, in der gewollten unbeweglichen Ernsthaftigkeit lornisch wirkt, ohne es zu wollen. Ja, Josef Goebbels, dieser durch Zufall und außerordentlich leistungsfähige Stimmkammer dornischell bekannt gewordene Prophet des dritten Reiches, ist im Grunde mit all seinen dräuenden Phrasen und seinen feindezerstimmenden Leitartikeln doch nur eine lornische Figur in seiner imposanten Humorlosigkeit und in all dem unechten Temperament, mit dem er sich und seine gleichgearteten Zuhörer erhebt. Vor allem aber sollte er sich

Saisonöffnung bei Blasta Burian.

„Curia ertrunken!“ Groteske in drei Akten von Monezy-Con u. Quiton. Blasta Burian, unser Blasta — wie Prag zu sagen pflegt — ist stark zurückgegangen, wenn man diese Premiere als Maßstab nimmt. Eine Groteske darf nicht weit über drei Stunden dauern, man kann nicht durch volle drei Stunden einer kindlichen Verwechslungshandlung folgen, die Situationskomik erfassen und endlich noch über Burians spärliche Einfälle und Extremos erfreut sein! Alle Achtung vor Blasta, der ein wahres Volkstheater geschaffen und es früher immer verstanden hat, auch dem kleinen Mann verständlich, Figuren zu formen, die, durch die Brille des tschechischen Prag gesehen, für das hiesige Milieu unübertrefflich waren. International bekannt ist sein Name, jedermann würdigt seine Freude am Spiel, seinen ungebändigten Humor und wenn man in Ballenberg den durchdachten, ganz und gar bewußten Künstler erblickt, so ist Burian der hemmungslose Diktator, Naturdarsteller. Jeder wahre Künstler beherrscht sich aber Distanz und Würdigung des notwendigen Maßstabes; das, was uns jetzt geboten wird, ist im ganzen unannehmbar, wenn auch im Detail gut. Die

nicht jowiel im Profil zeigen, dann sieht er ganz aus wie eine Bildtafel aus dem Rassenwerk seines Parteifreundes Professor Günther — da, wo er den Tischandentypus des untertossigen Menschen absonterte. Diese Kontrastwirkung wird noch deutlicher, wenn man neben Goebbels seinen Verteidiger, den großen blonden Grafen von der Goltz sieht, der mit seinem Fidustopf geradezu wie ein „Lichtdeling“ neben einem „Alfen“ wirkt, um in der raffischen Gebrauchssprache von Herrn Goebbels zu bleiben.

Aber Hindenburg!

Die Verhandlungsleitung bringt es einem wahrlich nicht in Erinnerung, daß es sich bei diesem Prozeß doch schließlich und endlich um eine grobe Verleumdung des Herrn Goebbels durch den von ihm angeblich so verehrten Herrn Reichspräsidenten handelt. Dieser Name, der jedem deutschen Herzen teuer ist, wird nur genannt, als man den inkriminierten Artikel aus dem „Angriff“ des Herrn Goebbels nochmals vorliest. Hindenburg selber hat in einem Schreiben an das Gericht erklärt, daß er nach dem ersten Urteil, das mit einer kleinen Geldstrafe praktisch genommen die Rehabilitierung von Goebbels bedeutete, kein Interesse an einer Bestrafung des Herrn Goebbels mehr habe. Aber der Herr Staatsanwalt hat pflichtgemäß Berufung eingelegt und Herr Goebbels natürlich auch. Der Vorsitzende spricht in väterlichen Tönen zu Herrn Goebbels. Er bedauert, daß er leider wieder in die Verhandlung eintreten muß. Aber vielleicht könnte doch Herr Goebbels so liebenswürdig sein und seine Berufung zurückziehen. Denn schließlich sei doch Hindenburg auch ein Mann von einigen Meriten und Goebbels könne ihm deshalb doch nun auch etwas entgegenkommen. Alles hält den Atem an. Man fühlt, es ist ein historischer Augenblick. Aber Josef Goebbels steht über der Situation: „Ich bedauere sehr, ich kann diese Erklärung nicht abgeben.“ Er zieht die scharfgebügelt Hosentasche zum x-tenmale gerade und nimmt mit gelassener Würde die Glückwünsche und Händedrucke seiner Freunde für diese Ruhmestat entgegen. Das Gericht aber muß nun zu seinem lebhaften Bedauern doch in die Verhandlung eintreten und atemlos feststellen, ob Hindenburg durch die Annahme des Young-Planes Verrat am deutschen Volke begangen hat, wie ihm Herr Goebbels in wenig freundlicher Form vorgeworfen hat. Es ist schon so: Wenn man im heutigen Deutschland Weltgeschichte machen will, muß man ein Amtsgericht bemühen. Das weiß in diesen Dingen nämlich besser Bescheid, als die, die es eigentlich angeht.

Goebbels Kronzeuge.

Er ist allerdings nicht mehr am Leben. Seit rund 170 Jahren ist er zu seinen erlauchten Vätern versammelt, der alte Dessauer nämlich, den Herr Goebbels hier vor Gericht zu seinen Gunsten beschwört. Der alte Dessauer hat ja wohl vor der Schlacht bei Kesselsdorf den historischen Ausspruch getan: „Lieber Gott, hilf mir jetzt nur noch das einzige Mal, aber wenn Du das nicht willst, dann hilf wenigstens diesen Hundsfott von meinen Feinden nicht. Sonst aber siehe zu, wie alles wird.“ Mit diesen etwas rauhen Soldatenworten präzisiert J. Goebbels auch seine angebliche Zwangslage, aus der heraus er, natürlich in edelster Absicht, den Herrn Reichspräsidenten angeeignet hat. Das Gericht ist auch sichtlich durch diese historische Parallele beeindruckt. Wahrscheinlich ist es ihm im Augenblick nicht geläufig, daß der Stahlhelmmajor von Stephani, der erfolgreiche Konkurrent des Herrn Goebbels, den hier zitierten alten Dessauer als Schutzheiligen für sein Unternehmen erwählt hat, und sich dieses Vorrecht nicht ohne weiteres streitig machen lassen wird. Ganz abgesehen davon ist es aber reichlich undvorsichtig von Herrn Goebbels, sich hier ausgerechnet auf militärische Embleme zu berufen, denn er selber hat ja, dem Zeugnis des Herrn von Stephani zufolge, „nie einen Schuß Pulver gerochen“. Und wenn er wirklich einmal dem alten Dessauer begegnet wäre, so hätte ihn dieser bestimmt nicht zu seinen „langen Axteln“ gesteckt, sondern bestenfalls zum Train, weil es da ja nicht so genau darauf ankommt.

„Handlung“ ist, gelinde gesprochen, verblüdet: Curia Jalobik, der Besitzer einer schlechthabendenden Weinstraße, nimm Selbstmord, um seinen Gläubigern zu entgehen, gewinnt aber eine Million auf ein Baalos, will also sein Geld einkassieren, und damit Blasta nicht schon nach dem ersten Akt verschwinde, tritt er wieder in Verkleidung als Beerdigungshelfer bei seinem eigenen Begräbnis auf, seine Frau... es ist überflüssig, die Komplikationen dieses unmöglichen Outproquos wiederzugeben. Der beste Eindruck des Abends ist die beißende Satire auf das Beerdigungswesen. Hier zeigt sich neben Burian, der oft übertreibt, der Schauspieler Blacha im besten Licht, der einzige, der an Burian heranreicht. Wenn man schon eine ungeheure Gemeinde hat, wenn man schon in einer Saison nur drei bis vier Stücke spielen muß, wenn man schon den ganzen Sommer Zeit zu Vorarbeiten hat, dann kann Burian endlich eine gute Sache finden, um sich nicht dauernd zum Humorjerkus zu degradieren. Auch wenn er tonförmig und eine ganze Expedition deutscher Kollegen im Haus hat! Heraus, Blasta, mit deinen Stücken, niemand verlangt abendfüllenden Schmarren, hinaus aus Ihrem Haus mit einer Atmosphäre, die Reflake braucht für das Café „Ostava!“ Dann auf Wiedersehen! W. L.

Der Film.

Amerikanische Revolutionsoperette.

„Das Lied der Freiheit.“

Wenn eine kommende Zeit die klassischen Leistungen der stummen Filmkunst zusammenstellen wird, so wird unter diesen Werken der erste Akt des großen „Napoleon“-Films von Abel Gance sein, der die Geburt der „Marzeillaise“ darstellt. Er ist ein unvergänglich und unvergängliches Kunstwerk. An diese dreihundert Meter des genialen französischen Regisseurs muß man denken, wenn man den langen amerikanischen Tonfilm „Marzeillaise“ sieht, der bei uns den Titel „Das Lied der Freiheit“ führt. Was haben die Amerikaner aus der Entstehungsgeschichte der Revolutionshymne gemacht! Angeblich soll der Film dem Zuschauer den „Geist der Zeit“ nahebringen; was er ihm tatsächlich nahebringt, ist aber nur der Geist der Operette. Rouget de L'Isle wurde zum sechsten Operettentenor, der bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit ein Liedchen schmettert. Seine Braut, ein neckisches Girl, das leider auch sehr langgestreckt ist, avancierte zum Symbol der Freiheit und läuft mit einer Fackel herum, weil der Amerikaner sich halt seit der Errichtung der Freiheitsstatue die Freiheit nicht mehr ohne Fackel im erhabenen Arm vorstellen kann. Das Girl wird nun verhaftet. Zu seiner Befreiung bricht die Revolution aus. Nächlicherweise bewegt sich ein gemüthlicher Fackelzug mit Musik gegen Paris. Der Feld holt die Gelbin aus dem Kerker und umarmt sie vor dem versammelten Volk. Die Revolution hat ihren Zweck erfüllt...

Bevor die Revolution siegt, wird gelungen. Er singt, sie singt, alle singen. Besonders geistreich erschien den Erzeugern des Films wohl der Einfall, Rouget de L'Isle die Marzeillaise vor dem König singen zu lassen; daß er sie englisch singt, macht die Szene noch alberner. Eine Danton-Rarität, von händeringenden und brüllenden Statisten umgeben, verkörpert den treibenden Geist der Revolution. Die Barrikadenkämpfe wurden so geschickt gestellt, daß sie Gelächter auslösen. Wenn die Revolutionäre von 1789 keine besseren Strategen gehabt hätten als den Regisseur dieses Films — nun, dann wäre es wahrscheinlich gar nicht zu diesem „Revolutionsfilm“ gekommen.

Der Tenor der Operette ist John Boles, ein Sänger ohne mimische Ausdruckskraft. Die Sopranistin ist Laura La Plante, die wohl schlecht, dafür aber reichlich singt. Schmalzige Liebesduette, deren Refrain sich durch den ganzen Film zieht, lassen die Wirkung vertiefen, verzerrten sie aber nur ins Komische. Die ganze Angelegenheit, als großes, ernstes, historisches Schauspiel gedacht, wirkt wie eine unfruchtliche Poffe. Billeicht kann die Universal den amerikanischen Hinterwäldlern mit dieser Darstellung der Revolution imponieren; ein europäisches Publikum, das zur Revolution und zum Revolutionslied andere Beziehungen hat als die Operettentribünen, kann dieses Nachwerk bestenfalls auslachen. Was das Wiener Publikum ja auch getan hat.

Vorher lehnte es eine dumme musikalische Fagenmacherei, „Am Nachklub“, entschieden ab. Der Tonfilmhimmel überzieht sich mit bösen Wolken. Fast jeden Tag trifft der Blitzschlag vernichtenden Gelächters einen anderen Tonfilm. Wenn die Filmindustrie sich nicht gründlich umstellt, wird über kurz oder lang ein großer Volksbruch die ganze Herrlichkeit wegschwemmen... F. R.

Herausgeber: Siegfried Taub. Chefredakteur: Wilhelm Niehne. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: „Kosa“ A.-G. für Zeitung- und Buchdruck. Pros. für den Druck verantwortlich: Otto Polt. Pros. der Zeitungsmarktskonstruktion wurde von der Volk- u. Zeitungsdruckerei mit Erfolg Nr. 13.300/VIII/1930 bewirkt.

NUR KURZE ZEIT!

Table with showtimes and prices for 'GLEICH' at Invalidenplatz. Columns: Day, Time, Price. Rows: Dienstag 8 Uhr abends, Mittwoch 3 u. 8 Uhr Nachm. bel halben Preisen für Kinder. Prices: Loge . . . 50.-, Ring . . . 40.-, I. (num.) 28.-, II. . . . 18.-, III. . . . 10.-

Internationaler Riesenzirkus

GLEICH am Invalidenplatz. Lautsprecher-Anlage von Siemens.

INGENIEUR-LEHRKURSE für techn.-kaufm. Fernunterricht, alle Fächer. Prospekt und Probekonstruktion bei Angabe des gewünschten Kurses kostenlos durch Postfach 56, Prag, XII.